




Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

02 | 2017

STATISTISCHE MONATSHEFTE





Fotonachweis

T i t e l f o t o : Romy Siemens

Der Verbraucherpreisindex lag im Durchschnitt des Jahres 2016 um 0,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Nahrungsmittel verteuerten sich insgesamt um 0,8 Prozent. Vor allem die Preise für Fisch und Fischwaren (+4,9 Prozent), für Gemüse (+3 Prozent), für Speisefette und -öle (+2,9 Prozent) sowie für Obst (+2,3 Prozent) zogen spürbar an.

B e i l a g e : Faltblatt „Mikrozensus 2017“

02 | 2017

STATISTISCHE MONATSHEFTE

70. Jahrgang

kurz + aktuell	71
Konjunktur ■ Industrie ■ Erwerbstätigkeit ■ Tourismus Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Bildung ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	85
Rheinland-Pfalz in Karten: Schüler/-innen (am Wohnort) mit Teilnahme am Ganztagsangebot an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2016/17	86
Verbraucherpreise 2016 – Inflationsrate im Jahresdurchschnitt bei +0,6 Prozent	87
Finanzvermögen der öffentlichen Hand – Ergebnisse der amtlichen Statistik	96
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	105
Neuerscheinungen	121

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Rückgang der Industrieproduktion im November 2016

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im November 2016 gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte war der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 1,1 Prozent niedriger als im Vormonat. Gegenüber November 2015 wurde ein Produktionsrückgang um 4,5 Prozent verzeichnet. Der Indexwert lag damit zum sechsten Mal in Folge unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats.

In den drei umsatzstärksten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelte sich die bereinigte Produktion im November unterschiedlich. In der Chemischen Industrie, der größten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, sank der Güterausstoß gegenüber Oktober 2016 um 0,4 Prozent. Im Vergleich zum November 2015 war ein Minus von 2,6 Prozent zu verzeichnen. Der Fahrzeugbau, der den zweitgrößten Umsatz innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes aufweist, steigerte seinen Output gegenüber dem Vormonat um 2,8 Prozent. Zugleich fiel die Produktion um 4,5 Prozent niedriger aus als ein Jahr zuvor. Der Maschinenbau, die Industriebranche mit dem drittgrößten Umsatz, erhöhte gegenüber Oktober ebenfalls seinen Güterausstoß (+3,6 Prozent). Im Vergleich zum November 2015 ergab sich ein Zuwachs von 6,2 Prozent. Deutliche

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Nov. 2016		Jan. bis Nov. 2016			
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu					
	Okt. 2016	Nov. 2015	Jan. bis Nov. 2015			
Entwicklung der Produktion						
Industrie	-1,1 %	↘	-4,5 %	↘	-0,3 %	↘
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,8 %	↗	-0,1 %	↘	-0,5 %	↘
Investitionsgüterproduzenten	2,3 %	↗	-0,9 %	↘	0,2 %	↗
Konsumgüterproduzenten	-8,8 %	↘	-16,6 %	↘	-0,9 %	↘
Chemie	-0,4 %	↘	-2,6 %	↘	-0,5 %	↘
Fahrzeugbau	2,8 %	↗	-4,5 %	↘	-1,2 %	↘
Maschinenbau	3,6 %	↗	6,2 %	↗	1,8 %	↗
Entwicklung der Auftragseingänge						
Industrie	2,5 %	↗	1,1 %	↗	1,8 %	↗
Inland	2,3 %	↗	3,3 %	↗	0,4 %	↗
Ausland	2,6 %	↗	-0,4 %	↘	2,7 %	↗
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-0,4 %	↘	3,6 %	↗	1,7 %	↗
Investitionsgüterproduzenten	5,2 %	↗	3,0 %	↗	-0,2 %	↘
Konsumgüterproduzenten	4,4 %	↗	-13,3 %	↘	8,8 %	↗
Chemie	-0,5 %	↘	0,7 %	↗	0,0 %	→
Fahrzeugbau	7,8 %	↗	3,1 %	↗	-2,9 %	↘
Maschinenbau	5,2 %	↗	7,7 %	↗	4,5 %	↗

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

Produktionsrückgänge verzeichnete die Konsumgüterindustrie. Der bereinigte Output schrumpfte gegenüber dem Vormonat um 8,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sank der Güterausstoß um 17 Prozent, allerdings hatte er im November 2015 auf einem besonders hohen Niveau gelegen.

Mehr Auftragseingänge im November 2016

Im November 2016 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Nach

Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte war der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 2,5 Prozent höher als im Vormonat. Aus dem In- und Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im Oktober (+2,3 bzw. +2,6 Prozent). Zugleich lag das Ordervolumen um 1,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Während die Nachfrage aus dem Inland um 3,3 Prozent höher ausfiel als im November 2015, waren die Auftragseingänge aus dem Ausland leicht rückläufig (-0,4 Prozent).

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Umsätze Januar bis November und Beschäftigte im November 2016 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich die bereinigten Auftragseingänge unterschiedlich. In der Chemischen Industrie verringerten sich die Bestellungen im November leicht um 0,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die Nachfrage um 0,7 Prozent. Im Fahrzeugbau erhöhte sich das Ordervolumen gegenüber dem Vormonat deutlich um 7,8 Prozent. Zugleich gingen im November 3,1 Prozent mehr Aufträge ein als ein Jahr zuvor. Auch der Maschinenbau profitierte im Novem-

ber von einer gestiegenen Nachfrage (+5,2 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat war ein Plus von 7,7 Prozent zu verzeichnen.

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis November 2016 fast unverändert

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie blieben von Januar bis November 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum fast unverändert. Die Industriebetriebe erwirtschafteten in den ersten elf Monaten Erlöse in Höhe von 79,7 Milliarden Euro, was

einem Plus von 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht (Deutschland: +0,1 Prozent). Einer Umsatzsteigerung im Inlandsgeschäft um 1,4 Prozent (Deutschland: -0,7 Prozent) stand ein Rückgang der Erlöse im Ausland gegenüber (-0,9 Prozent; Deutschland: +1 Prozent). Das Auslandsgeschäft machte 55,5 Prozent der Umsätze aus (Deutschland: 49,7 Prozent); die Exportquote war damit um 0,6 Prozentpunkte niedriger als in den ersten elf Monaten des Vorjahres.

In der rheinland-pfälzischen Industrie waren im Durchschnitt der elf Monate des Jahres 2016 rund 253 000 Personen tätig. Die Beschäftigtenzahl blieb nahezu unverändert; sie lag nur um knapp 50 Personen über dem Durchschnitt der Monate Januar bis November 2015 (Deutschland: +0,8 Prozent). Auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden änderte sich kaum: In den ersten elf Monaten 2016 wurden 358 Millionen Arbeitsstunden geleistet; 0,1 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +0,4 Prozent).

In vier der zehn umsatzstärksten Industriebranchen waren die Umsätze höher als im Vorjahreszeitraum. Die größten Zuwächse gab es in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+7,3 bzw. +5,8 Prozent). Diese beiden Branchen konnten von einer günstigen Entwicklung des In- und Auslandsgeschäfts profitieren. Kräftige Umsatzeinbußen musste der

Bereich „Metallerzeugung und -bearbeitung“ sowie die Chemische Industrie hinnehmen (–6,7 bzw. –6 Prozent). Beide Branchen verzeichneten ein deutliches Minus im Auslandsge­schäft, aber auch die Inlandsumsätze waren rückläufig.

In fünf der zehn größten Branchen lag die Zahl der tätigen Personen in den ersten elf Monaten über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Den stärksten Anstieg gab es im Maschinenbau (+2,6 Prozent); in der Pharmaindus­trie legte die Beschäftigtenzahl um 0,8 Prozent zu. In fünf Branchen waren weniger Beschäftigte tätig als ein Jahr zuvor. Den stärksten prozentualen Rückgang verzeich­neten die Hersteller von Metall­erzeugnissen (–2,8 Prozent). Auch im Bereich „Metallerzeugung und -bearbeitung“ und der Chemischen Industrie sank die Beschäftigtenzahl merklich (–1,5 bzw. –1,3 Prozent).

Weniger Aufträge und höhere Umsätze im Bauhauptgewerbe im November 2016 als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhaupt­gewerbe verzeichnete im November 2016 weniger Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auf­tragseingänge gingen im Vergleich zum Oktober 2016 – kalender- und saisonbereinigt – um 1,6 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich leicht um 1,2 Prozent. Gegenüber Januar bis November 2015 zog das Ordervolumen um 17 Prozent an, der Umsatz verbes­serte sich um 4,1 Prozent.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Nov. 2016		Jan. bis Nov. 2016
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Okt. 2016	Nov. 2015	Jan. bis Nov. 2015
Auftragseingang	-1,6 % ↓	2,4 % ↑	17,4 % ↑
Hochbau insgesamt	-20,8 % ↓	-17,0 % ↓	15,9 % ↑
Wohnungsbau	-6,4 % ↓	8,2 % ↑	30,7 % ↑
gewerblicher Hochbau	-30,9 % ↓	-24,9 % ↓	8,4 % ↑
öffentlicher Hochbau	7,6 % ↑	-28,4 % ↓	8,1 % ↑
Tiefbau insgesamt	15,0 % ↑	16,8 % ↑	18,9 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-7,9 % ↓	-12,1 % ↓	9,4 % ↑
öffentlicher Tiefbau	27,2 % ↑	43,0 % ↑	32,1 % ↑
Straßenbau	14,8 % ↑	17,8 % ↑	17,1 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	1,2 % ↑	3,7 % ↑	4,1 % ↑
Hochbau insgesamt	1,4 % ↑	-3,1 % ↓	5,5 % ↑
Wohnungsbau	20,7 % ↑	27,1 % ↑	15,9 % ↑
gewerblicher Hochbau	-7,9 % ↓	-16,5 % ↓	2,2 % ↑
öffentlicher Hochbau	-11,7 % ↓	-18,7 % ↓	-3,0 % ↓
Tiefbau insgesamt	2,3 % ↑	12,4 % ↑	2,9 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-16,4 % ↓	-25,4 % ↓	-7,7 % ↓
öffentlicher Tiefbau	8,2 % ↑	32,0 % ↑	5,4 % ↑
Straßenbau	4,9 % ↑	21,2 % ↑	6,9 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Im Vergleich zum Vormonat verrin­gerte sich die Nachfrage nach Bau­leistungen im Hochbau im Novem­ber um 21 Prozent. Im Tiefbau gab es dagegen deutlich höhere Auftrags­eingänge (+15 Prozent). Der Rück­gang im Hochbau wird vor allem durch kräftige Auftragseinbußen im gewerblichen Hochbau bestimmt (–31 Prozent). Dagegen errechneten sich für den öffentlichen Tiefbau sowie den Straßenbau die stärksten Zuwächse (+27 bzw. +15 Prozent).

Von Januar bis November zogen die Aufträge im Vergleich zum entspre­chenden Vorjahreszeitraum sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kräftig an (+16 bzw. +19 Prozent). Die höchsten Zuwächse verzeichne-

ten der öffentliche Tiefbau sowie der Wohnungsbau (+32 bzw. +31 Pro­zent).

Im Vergleich zum Oktober 2016 ver­besserten sich die Umsätze im Tief­bau etwas stärker als im Hochbau (+2,3 bzw. +1,4 Prozent). Die höchsten Umsatzsteigerungen gab es im Woh­nungsbau (+21 Prozent). Der öffent­liche Tiefbau sowie der Straßenbau konnten ebenfalls zulegen (+8,2 bzw. +4,9 Prozent). Der gewerbliche Tief­bau sowie der öffentliche Hochbau verzeichneten dagegen deutliche Umsatzeinbußen (–16 bzw. –12 Pro­zent).

Gegenüber Januar bis November 2015 erhöhten sich die baugewerb-

lichen Umsätze im Hochbau um 5,5 Prozent. Im Tiefbau gab es ebenfalls eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahreszeitraum (+2,9 Prozent). Die höchsten Zuwächse verzeichnete der Wohnungsbau (+16 Prozent). Für den gewerblichen Tiefbau errechneten sich dagegen die stärksten Umsatzeinbußen (-7,7 Prozent).

Erwerbstätigkeit erreicht 2016 neuen Höchststand

Im Durchschnitt des Jahres 2016 hatten knapp zwei Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ waren dies 10 700 Personen

bzw. 0,5 Prozent mehr als 2015. Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen das sechste Jahr in Folge einen neuen Höchststand.

Im Bundesdurchschnitt wie auch im Durchschnitt der alten Bundesländer (ohne Berlin) war der Beschäftigungszuwachs mit einem Plus von einem Prozent etwas stärker als in Rheinland-Pfalz. In den neuen Bundesländern nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Prozent zu.

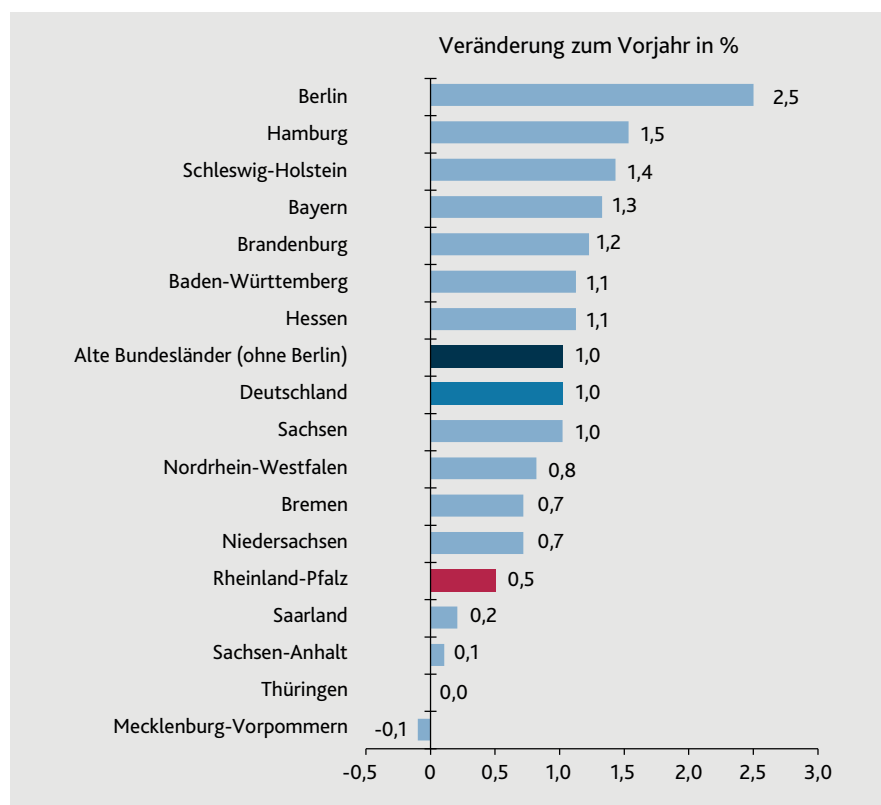
Die positive Entwicklung beruhte in Rheinland-Pfalz auf einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die rund zwei Drittel der Erwerbstätigkeit ausmacht. Laut ersten Auswertungen der Bundesagentur für

Arbeit war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Oktober 2016 um 0,6 Prozent höher als im Oktober 2015. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten lag im Juni auf dem Niveau des Vorjahresmonats.

In den Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit war wie in den Vorjahren dem Dienstleistungssektor zu verdanken. Hier waren insgesamt 12 300 Personen mehr beschäftigt als 2015; dies entspricht einem Plus von 0,9 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent). Zurückzuführen ist dieser Anstieg in erster Linie auf den größten Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm hier um 8 700 bzw. 1,3 Prozent zu (Deutschland: +1,5 Prozent). Der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ verzeichnete einen Zuwachs von 1 600 Erwerbstätigen bzw. 0,6 Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent). Im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ stieg die Zahl der Arbeitsverhältnisse um 2 000 bzw. 0,4 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent).

Im Produzierenden Gewerbe nahm die Erwerbstätigkeit 2016 dagegen wie im Vorjahr ab. Insgesamt waren 900 Personen bzw. 0,2 Prozent weniger tätig als 2015 (Deutschland: +0,2 Prozent). Das Baugewerbe verzeichnete zwar ein Plus von 700 Erwerbstätigen bzw. 0,6 Prozent (Deutschland: +0,8 Pro-

Erwerbstätige am Arbeitsort 2016 nach Bundesländern



zent). Im übrigen Produzierenden Gewerbe, das in Rheinland-Pfalz von der Industrie dominiert wird, sank die Zahl der Erwerbstätigen jedoch um 1 600 bzw. 0,4 Prozent (Deutschland: unverändert).

Auch in der Land- und Forstwirtschaft war ein Beschäftigungsrückgang festzustellen. Die Zahl der Erwerbstätigen lag um 700 bzw. 1,7 Prozent niedriger als 2015 (Deutschland: – 2,7 Prozent).

Plus beim Gästeaufkommen, Minus bei den Übernachtungen

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im November 2016 einen Anstieg der Gästezahlen gegenüber dem Vorjahresmonat. Nach ersten vorläufigen Berechnungen besuchten 596 000 Gäste das Land, das waren 2,2 Prozent mehr als im November 2015. Die Besucherinnen und Besucher blieben

durchschnittlich 2,3 Tage und buchten 1,4 Millionen Übernachtungen (–0,8 Prozent).

Von Januar bis November 2016 wurden 9,11 Millionen Gästeankünfte gezählt, was einem Zuwachs von 1,8 Prozent gegenüber den ersten elf Monaten des Vorjahres entspricht. Die Zahl der Übernachtungen belief sich auf 23,8 Millionen und blieb damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast unverändert.

Immer weniger landwirtschaftliche Betriebe – Erste Ergebnisse der Agrarstrukturhebung 2016

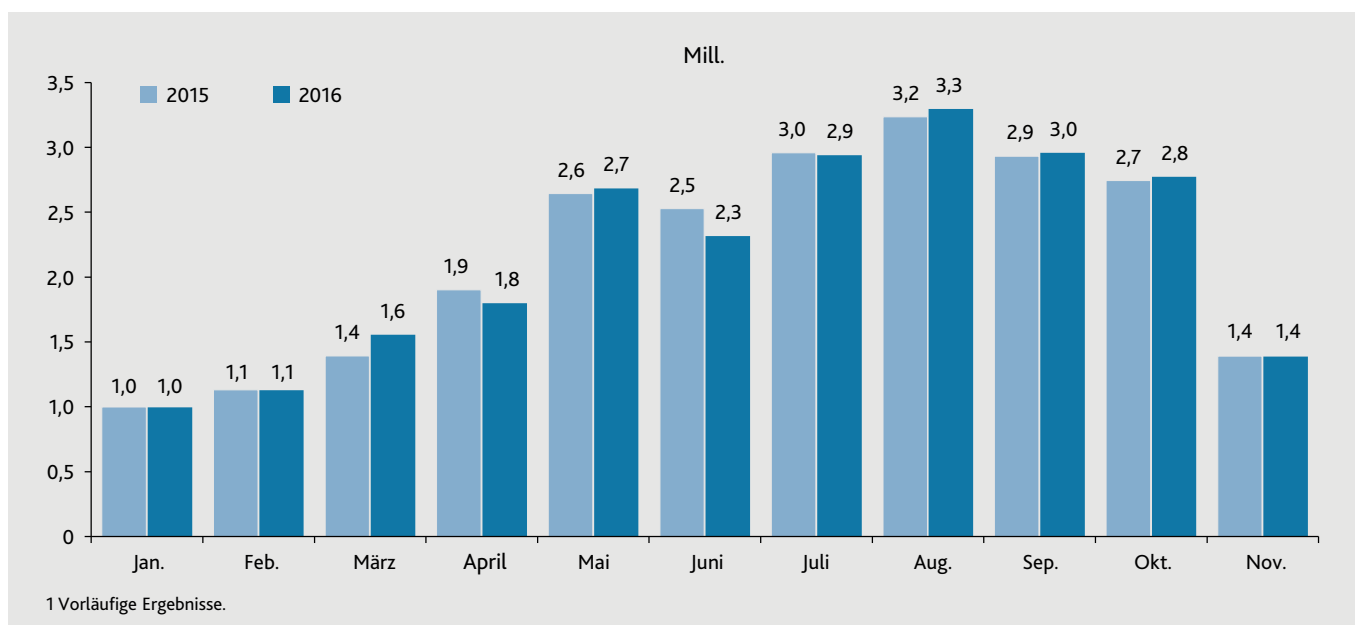
Im Jahr 2016 wirtschafteten noch rund 17 600 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz. Das waren knapp 500 Betriebe weniger als ein Jahr zuvor (–3 Prozent). Im Vergleich zum Jahr 1999 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe

mehr als halbiert (–17 900 Betriebe). Dies zeigen die Ergebnisse der Agrarstrukturhebung 2016.

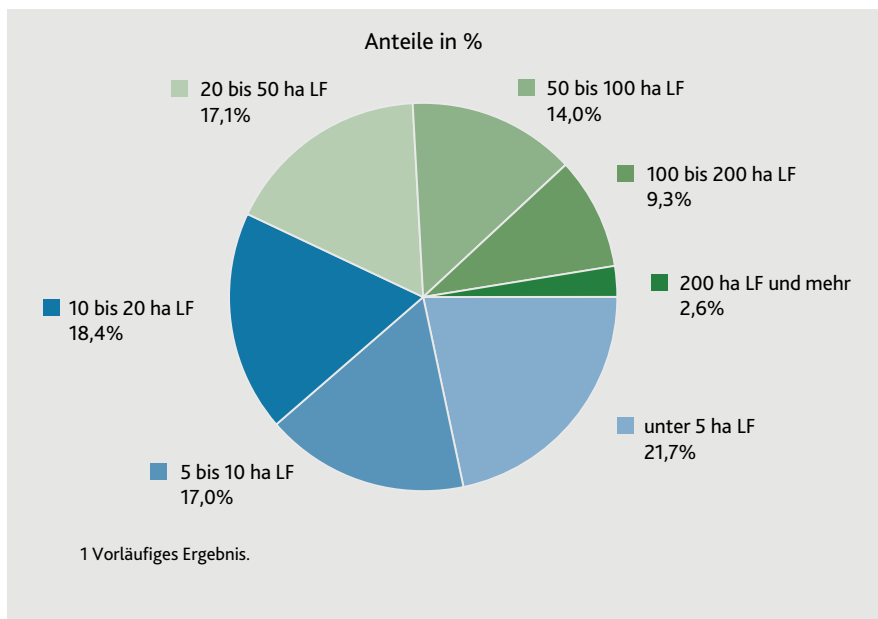
Der Rückgang der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist vor allem auf die kleineren Betriebe zurückzuführen. So verringerte sich die Zahl der Betriebe, die weniger als fünf Hektar bewirtschaften gegenüber 1999 um 11 500 (–75 Prozent). Langfristig rückläufige Betriebszahlen gab es auch in den Größenklassen von fünf bis 100 Hektar (–7 200 bzw. –38 Prozent). Deutlich gestiegen ist dagegen die Zahl der Großbetriebe, die 100 Hektar und mehr bewirtschaften. Sie erhöhte sich seit 1999 um fast 900 Betriebe (+70 Prozent).

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche hat sich in Rheinland-Pfalz seit 1999 nur wenig verändert. Sie sank von 716 000 auf 707 200 Hektar, also nur um etwa 9 000 Hektar (–1,2 Pro-

Übernachtungen von Januar bis November 2015 und 2016¹



Landwirtschaftliche Betriebe 2016¹ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



2015 nur etwa neun Prozent (Werte für 2016 liegen noch nicht vor). Der Anteil der Großbetriebe mit mehr als 100 Hektar unterscheidet sich zwischen Rheinland-Pfalz und Deutschland kaum (zwölf bzw. 13 Prozent; Werte für Deutschland für das Jahr 2015). Erheblich höher als in Rheinland-Pfalz ist in Deutschland dagegen der Anteil der Betriebe mit fünf bis 100 Hektar (66 bzw. 78 Prozent). Ein Grund für die kleinteiligere Struktur der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist der Weinbau. Im größten Weinbauland Deutschlands bewirtschafteten 43 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe Rebflächen; diese Weinbaubetriebe sind überwiegend Kleinbetriebe.

Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen auf neuem Höchststand

Die Pachtentgelte für landwirtschaftliche Flächen haben im vergangenen

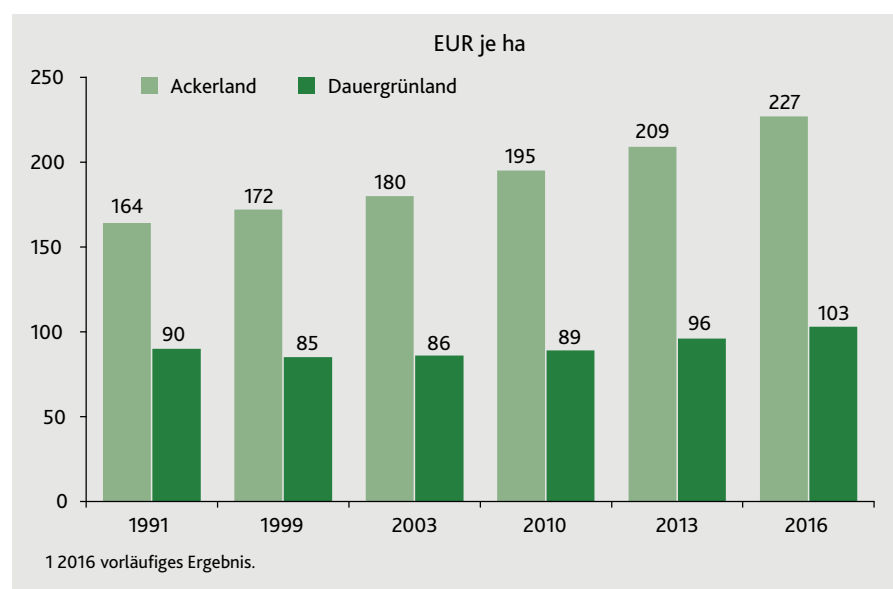
zent). Zwar nahm die Flächennutzung der Kleinbetriebe um 23 000 Hektar (–73 Prozent) und die der Betriebe mit fünf bis 100 Hektar um 167 000 Hektar (–33 Prozent) ab. Dafür stieg aber die Flächennutzung der Großbetriebe um 181 000 Hektar (+104 Prozent). Großbetriebe bewirtschaften in Rheinland-Pfalz heute rund die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Diese Entwicklungen führten dazu, dass sich langfristig die durchschnittliche Betriebsgröße, d. h. die bewirtschaftete Fläche je landwirtschaftlichem Betrieb, von 20 auf 40 Hektar verdoppelt hat. Sie liegt damit aber immer noch deutlich unter der durchschnittlichen Betriebsgröße in Deutschland (Jahr 2015: 60 Hektar).

Die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist deutlich kleinteiliger struk-

turiert als im Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2016 bewirtschafteten in Rheinland-Pfalz 22 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe weniger als fünf Hektar landwirtschaftliche Fläche. In Deutschland waren es

Pachtentgelte 1991–2016¹ nach Kulturarten



Jahr einen neuen Höchststand erreicht. Die landwirtschaftlichen Betriebe zahlten 2016 durchschnittlich 233 Euro je Hektar, so viel wie noch nie seit Einführung dieser Erhebungsmerkmale im Jahr 1971. Gegenüber dem Jahr 2013 stiegen die Pachtentgelte um durchschnittlich 19 Euro bzw. neun Prozent. Im März 2016 hatten die 17 600 in Rheinland-Pfalz ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe rund 63 Prozent der von ihnen landwirtschaftlich bewirtschafteten Fläche von 707 000 Hektar zugepachtet. Da die Pachtverträge in der Regel für längere Zeiträume abgeschlossen werden, steigt das Pachtpreinsniveau nur langsam an. Für neu gepachtete Flächen oder Flächen, für die die Pachtpreise angepasst wurden, mussten die Landwirtinnen und Landwirte im Durchschnitt 314 Euro je Hektar zahlen.

Ein wesentlicher Faktor, der den Pachtpreis bestimmt, ist die Nut-

zungsmöglichkeit der Fläche. Ackerland, das den größten Teil der landwirtschaftlich genutzten Flächen umfasst, kostete 2016 durchschnittlich 227 Euro je Hektar. Im Vergleich zu 2013 stieg der Durchschnittspreis um 18 Euro bzw. neun Prozent. Die Pachten für Dauergrünland erhöhten sich um sieben Euro auf 103 Euro je Hektar. Der niedrigere Wert für Dauergrünland ist auf die geringere Wirtschaftlichkeit des Dauergrünlands im Vergleich zum Ackerland zurückzuführen.

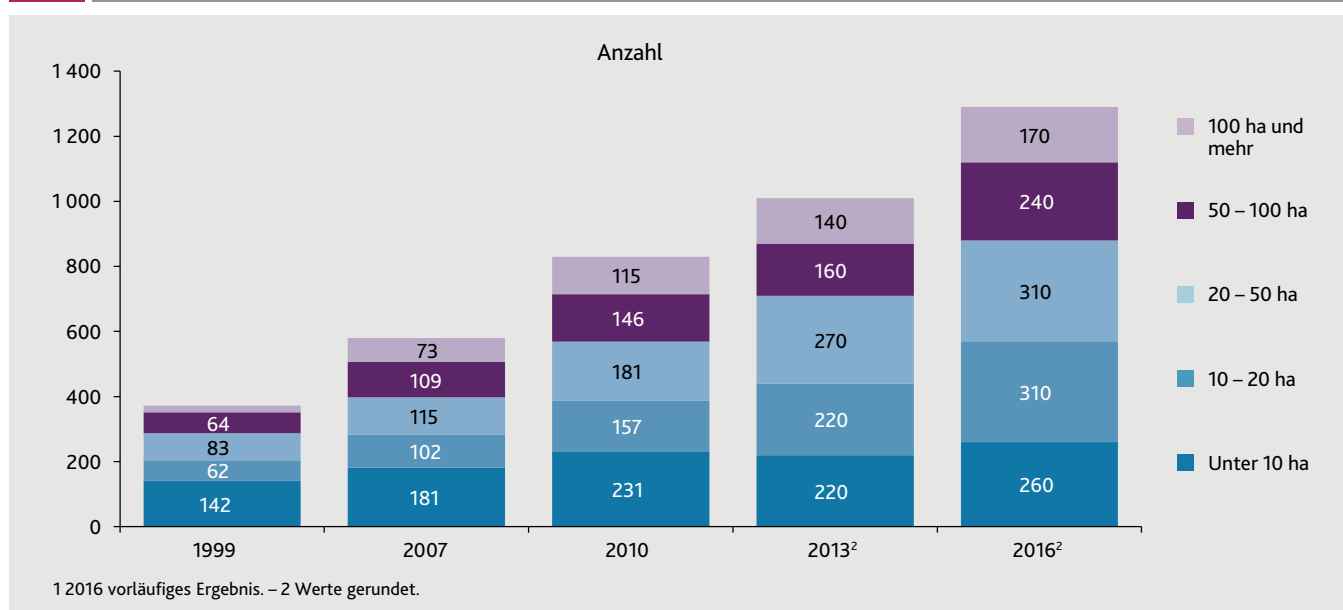
Neben der Nutzungsmöglichkeit der Fläche hat auch die Rechtsform einen Einfluss auf die Pachtpreise. So zahlten z. B. landwirtschaftliche Betriebe, die in der Rechtsform einer Personengesellschaft, z. B. als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), geführt werden, durchschnittlich 278 Euro für einen Hektar gepachtetes Ackerland. Einzelunternehmen (Familienbetriebe) zahl-

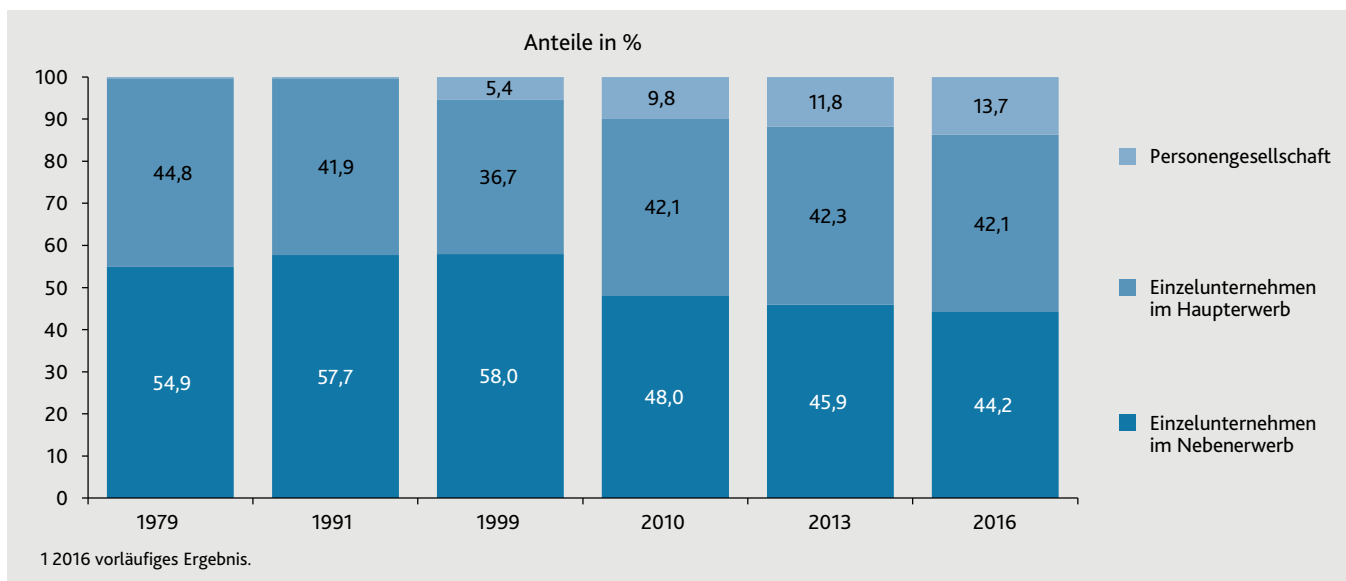
ten nur 208 Euro für einen Hektar Ackerland. Beim Dauergrünland sind die Unterschiede weniger deutlich ausgeprägt. Personengesellschaft wendeten durchschnittlich 116 Euro für einen Hektar Dauergrünland auf. Die Familienbetriebe kamen auf 100 Euro je Hektar. Da die Personengesellschaften mit durchschnittlich 69 Hektar je Betrieb fast doppelt so groß sind wie die Familienbetriebe (36 Hektar), können sie wahrscheinlich aufgrund der sich daraus ergebenden Kostendegression höhere Pachtentgelte zahlen.

Ökolandbau auf neuem Höchststand

Die Bedeutung des Ökolandbaus nimmt nach den Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 2016 kontinuierlich zu. Zwischen 2013 und 2016 ist die Zahl der Ökobetriebe um mehr als ein Viertel gestiegen. Damit wirtschaften heute gut sieben Prozent aller landwirtschaft-

Ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe 1999–2016¹ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



Familienbetriebe 1979–2016¹ nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben

lichen Betriebe in Rheinland-Pfalz ökologisch (1 300 Betriebe).

Die Ökobetriebe bewirtschaften insgesamt 59 700 Hektar landwirtschaftliche Fläche; das sind 8,4 Prozent der gesamten Landwirtschaftsfläche in Rheinland-Pfalz. Die durchschnittliche Flächenausstattung der Ökobetriebe (47 Hektar) ist größer als die der konventionellen Betriebe (40 Hektar). Gründe für die zunehmende Bedeutung des Ökolandbaus sind u. a. das wachsende Umweltbewusstsein, die steigende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln und die entsprechenden Förderungen.

Anteil der Personengesellschaften in der Landwirtschaft steigt

Personengesellschaften spielen in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft eine immer größere Rolle. Zwar sind noch immer 86 Prozent aller Betriebe Familienbetriebe, der Anteil der Perso-

nengesellschaften ist jedoch seit 2013 von zwölf auf 14 Prozent gestiegen. Im Jahr 1999 hatte er noch bei fünf Prozent gelegen. Rund 2 400 Betriebe wiesen im Jahr 2016 die Rechtsform der Personengesellschaft auf, das waren rund 150 mehr als drei Jahre zuvor; die meisten wurden als Gesellschaft bürgerlichen Rechts geführt.

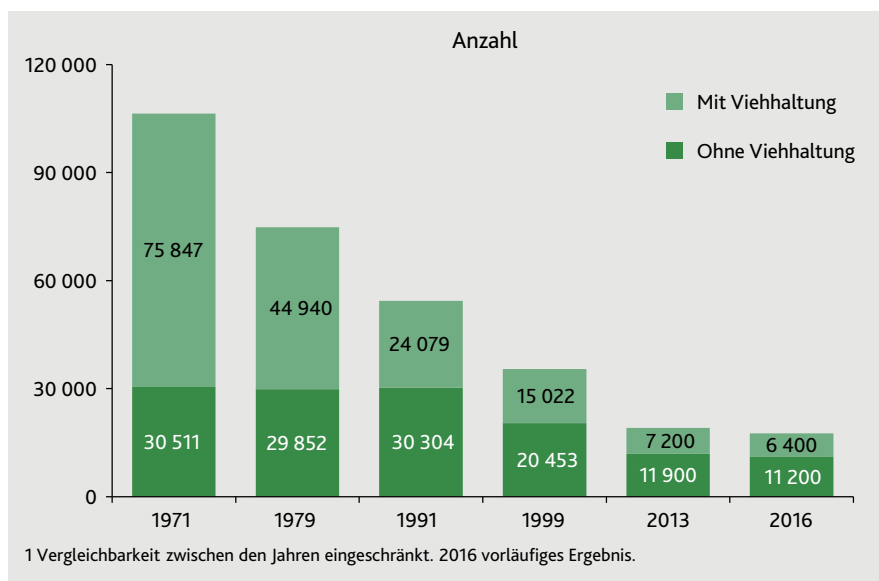
Mit durchschnittlich 69 Hektar ist die Flächenausstattung der Personengesellschaften größer als die der rund 15 100 Familienbetriebe mit durchschnittlich 36 Hektar. In den Ställen der viehhaltenden Personengesellschaften standen durchschnittlich 187 Rinder und 676 Schweine. Die Familienbetriebe kamen im Mittel auf 67 Rinder und 220 Schweine.

Gut die Hälfte der Familienbetriebe (51 Prozent) werden im Nebenerwerb geführt, die Inhaber bzw. die Inhaberehepaare erzielten also weniger als 50 Prozent der Gesamteinkünfte

aus der landwirtschaftlichen Produktion. Die Zahl der Familienbetriebe sank gegenüber dem Jahr 2013 um rund zehn Prozent. Der Rückgang war bei den Nebenerwerbsbetrieben mit –12 Prozent etwas stärker als bei den Haupterwerbsbetrieben mit –9 Prozent. Im Nebenerwerb geführte Familienbetriebe bewirtschafteten durchschnittlich 22 Hektar. Haupterwerbsbetriebe kamen auf 50 Hektar. Nebenerwerbsbetriebe zählten durchschnittlich 37 Rinder und 60 Schweine, Haupterwerbsbetriebe 96 Rinder und 368 Schweine.

Viehbestände weiter rückläufig

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Viehhaltung geht in Rheinland-Pfalz weiter deutlich zurück, während die Zahl der Tiere nur geringfügig sinkt. Nach den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2016 hielten im März vergangenen Jahres noch knapp 6 400 Betriebe (37 Pro-

Landwirtschaftliche Betriebe mit und ohne Viehhaltung 1971–2016¹

Viehhaltung spielt in Rheinland-Pfalz eine untergeordnete Rolle. Im Jahr 2013 hielten in Deutschland insgesamt 70 Prozent der Betriebe Vieh mit einem Gesamtbestand von 13,1 Millionen Großvieheinheiten. Der Anteil des in Rheinland-Pfalz gehaltenen Viehs lag bei 2,4 Prozent. Zum Vergleich: Die Gesamtfläche des Landes beträgt 5,6 Prozent der Fläche Deutschlands, der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche lag 2013 bei 4,5 Prozent des Deutschlandwerts. Der vergleichsweise geringere Anteil viehhaltender Betriebe liegt an der Spezialisierung der Sonderkulturbetriebe. Die Erzeugerinnen und Erzeuger von Wein, Obst oder Gemüse haben in vielen Fällen die Viehhaltung eingestellt.

Bevölkerungszahl steigt weiter – Knapp 4,1 Millionen Menschen leben im Land

Im Jahr 2016 ist die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz erneut gewachsen, wenn auch in geringerem Umfang als noch 2015. Wie aus einer Schätzung des Statistischen Landesamtes hervorgeht, lebten zum Jahreswechsel rund 4 073 300 Menschen im Land. Dies waren rund 20 500 Menschen mehr als noch ein Jahr zuvor und damit die höchste Zahl in der inzwischen 70-jährigen Landesgeschichte. Der Grund für den erneuten Anstieg der Bevölkerungszahl liegt nach Auswertung bislang vorliegender Zahlen darin, dass auch im vergangenen Jahr deutlich mehr Menschen nach Rheinland-Pfalz zu- als fortgezogen sind. Die Zahl der 2016 Gestorbenen

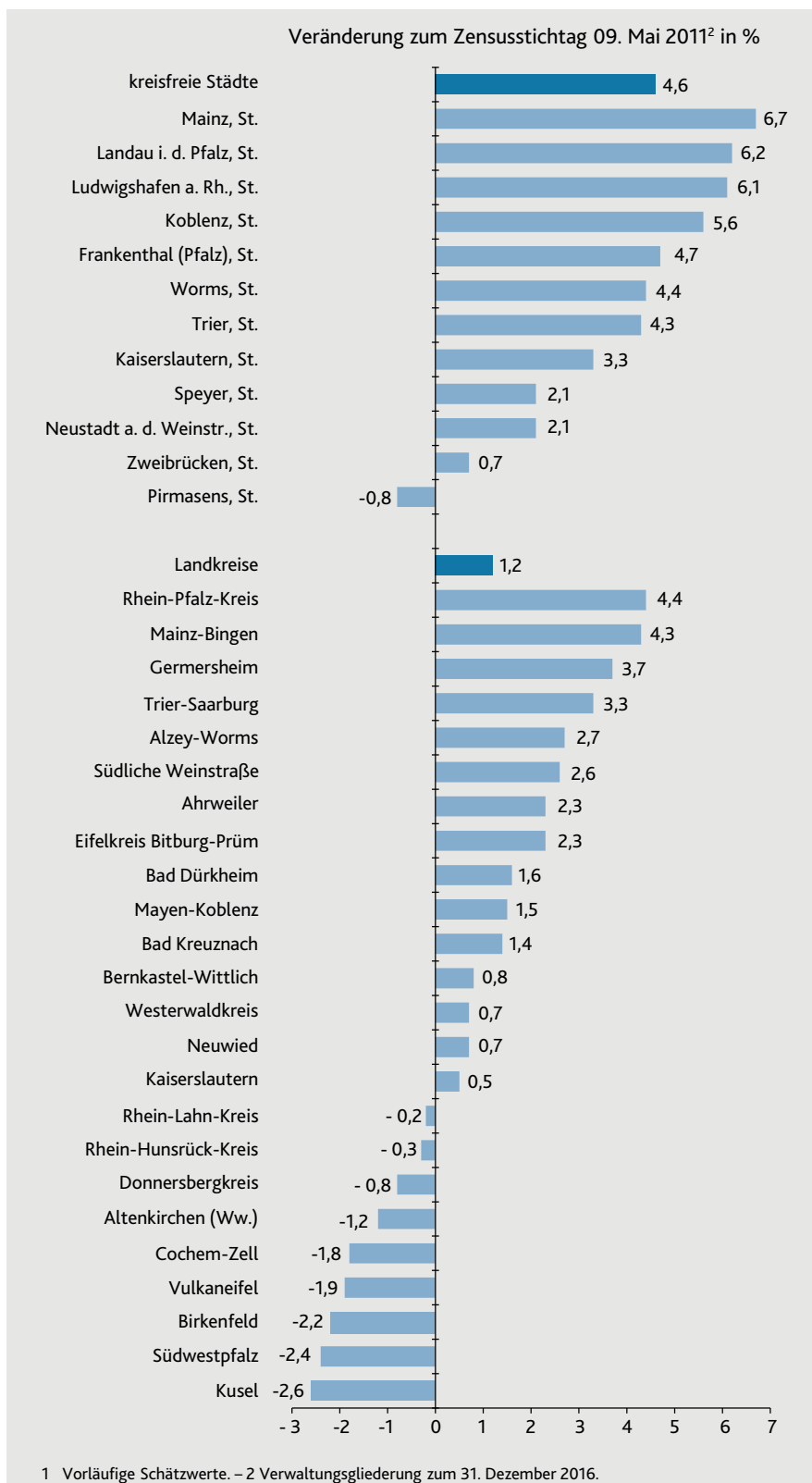
zent) einen Bestand von 309 400 sogenannten Großvieheinheiten.

Während sich die Zahl der Betriebe gegenüber dem Jahr 2013 um fast elf Prozent reduzierte, gab es bei den Großvieheinheiten einen Rückgang um lediglich ein Prozent. Dadurch erhöhte sich der durchschnittliche Bestand je Betrieb gegenüber dem Jahr 2013 um fünf auf 48 Großvieheinheiten. Dank moderner Haltungsformen konnten die Betriebe den Arbeits- und Kostenaufwand je Tier senken und die Bestände vergrößern.

Großvieheinheiten sind der Maßstab zum Vergleich unterschiedlicher Tierarten. In Rheinland-Pfalz entfallen 85 Prozent der Großvieheinheiten auf Rinder, sechs Prozent auf Schweine und fünf Prozent auf Einhufer wie zum Beispiel Pferde.

Viehhaltung und Flächenausstattung der Betriebe stehen in Rheinland-Pfalz

weitgehend in einem angemessenen Verhältnis, das heißt, die Flächenausstattung reicht aus, um zumindest den wesentlichen Teil des Futters selbst erzeugen und die Exkremente der Tiere umweltgerecht ausbringen zu können. Im vergangenen Jahr wurden durchschnittlich rund 0,75 Großvieheinheiten je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche gehalten, wobei rund 71 Prozent der viehhaltenden Betriebe weniger als eine Großvieheinheit je Hektar aufwiesen. Auf zwei und mehr Großvieheinheiten je Hektar kamen lediglich fünf Prozent der Betriebe. Ein Viehbesatz von bis zu zwei Großvieheinheiten je Hektar gilt als akzeptabel. Zum Vergleich: Im Jahr 2013 – Deutschlandwerte für 2016 liegen noch nicht vor – kamen bundesweit 1,05 Großvieheinheiten auf einen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Bevölkerung am 31. Dezember 2016¹ nach Verwaltungsbezirken

dürfte hingegen wie in den Vorjahren wieder deutlich über der Geborenenzahl gelegen haben. Bislang konnten zur Ermittlung der Bevölkerungsentwicklungen im Jahr 2016 nur die Bestandszahlen der rheinland-pfälzischen Meldebehörden nach Staatsangehörigkeit sowie Alter und Geschlecht ausgewertet werden, eine genauere Quantifizierung der Zu- und Fortzüge sowie der Geburten und Sterbefälle erfolgt sukzessive in den kommenden Monaten. Nach den vorläufigen Ergebnissen stieg die Anzahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer gegenüber Dezember 2015 um rund 28 300 auf etwa 411 300 Personen. Ihr Anteil an der Bevölkerung lag Ende 2016 bei schätzungsweise 10,1 Prozent und damit um 0,6 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Stichtag der Volkszählung am 9. Mai 2011 ist der Ausländeranteil um rund 3,3 Prozentpunkte angestiegen.

Die Altersstruktur der Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler hat sich nach den vorliegenden Schätzungen zum Teil deutlich verändert. Gegenüber dem 9. Mai 2011 sank die Zahl der unter 20-Jährigen um 1,4 Prozent auf rund 746 500 Personen. Rund 2 186 300 Personen entfielen auf die Altersgruppe der 20- bis unter 60-Jährigen. Die Gruppe der Senioren ab 60 Jahre umfasste rund 1 140 500 Menschen. Damit stiegen die Bevölkerungszahlen in diesen beiden Altersgruppen im Ver-

gleich zum 9. Mai 2011 um 0,2 Prozent bzw. 8,5 Prozent.

Die Bevölkerung in den kreisfreien Städten wuchs seit dem Zensus 2011 um schätzungsweise 4,6 Prozent. In der Landeshauptstadt Mainz war dieser Bevölkerungszuwachs am stärksten ausgeprägt (+6,7 Prozent). Rückläufig war die Einwohnerentwicklung hingegen in der kreisfreien Stadt Pirmasens (–0,8 Prozent). In den Landkreisen lag die Einwohnerzahl auf Grundlage der vorliegenden Schätzung im Durchschnitt um 1,2 Prozent höher als am letzten Zensusstichtag. Den stärksten Bevölkerungsgewinn gab es hier im Rhein-Pfalz-Kreis (+4,4 Prozent). Der höchste Rückgang war im Landkreis Kusel zu verzeichnen (–2,6 Prozent).

Leicht rückläufige Schülerzahl bei steigendem Anteil an Migrantinnen und Migranten

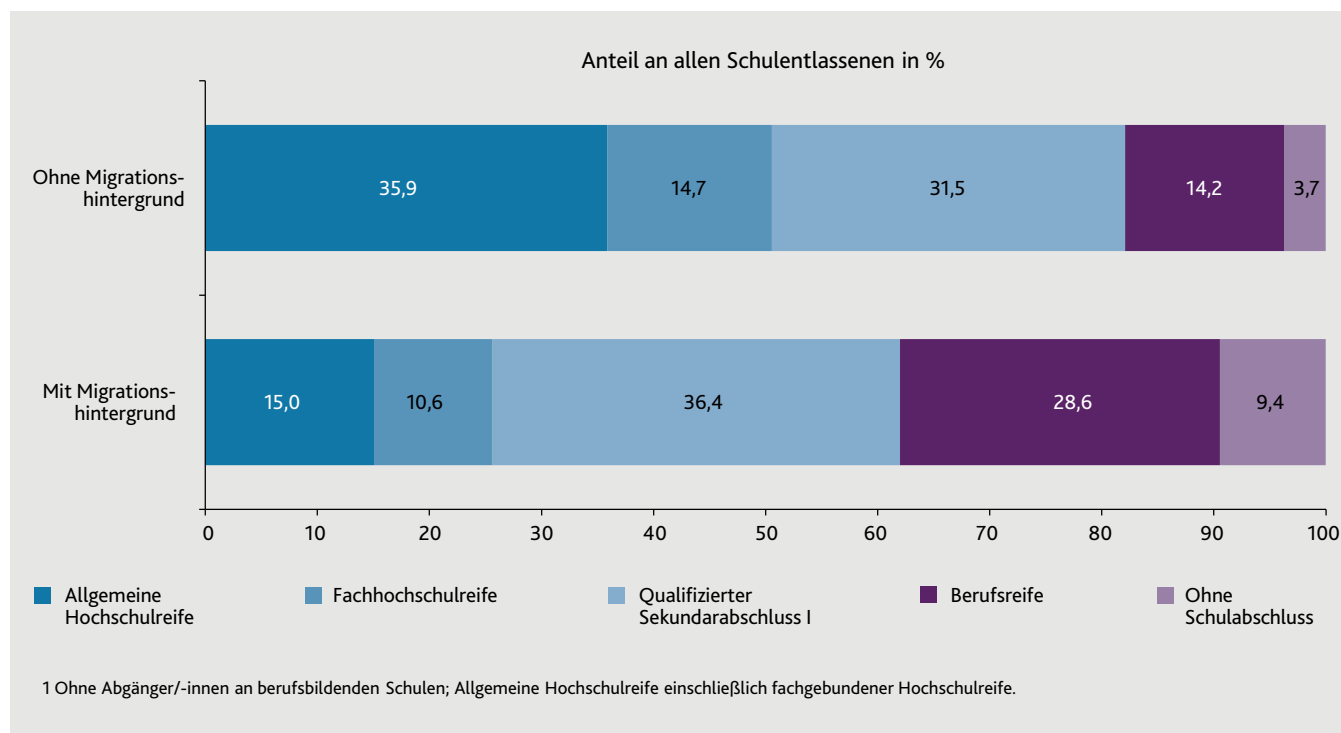
Zu Beginn des Schuljahres 2016/17 besuchten rund 415 300 Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule in Rheinland-Pfalz, davon 80 300 mit Migrationshintergrund (19 Prozent). Das waren 266 Schülerinnen und Schüler weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Migrantinnen und Migranten an den rheinland-pfälzischen Schulen stieg im gleichen Zeitraum um rund 7 918.

Die leicht rückläufige Gesamtschülerzahl erklärt sich unter anderen durch den demografischen Wandel: Die Zahl der deutschen schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen war 2016 geringer als 2015. Dieser Rückgang konnte auch

durch die Zunahme an schulpflichtigen Schutz- und Asylsuchenden sowie durch die gestiegene Zahl an Schülerinnen und Schülern aus der EU und Osteuropa im allgemeinbildenden Schulsystem nicht vollständig kompensiert werden.

Einen deutlichen Zuwachs verzeichneten Kinder und Jugendliche aus den Krisenregionen Syrien (+301 Prozent) und Afghanistan (+325 Prozent), die mit rund 6 300 bzw. 2 000 die größte bzw. drittgrößte Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bilden. Deren Gesamtanteil blieb jedoch gering: Auf 100 Schülerinnen und Schüler kommen zwei Kinder bzw. Jugendliche syrischer oder afghanischer Herkunft.

Schulentlassene an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen nach Migrationshintergrund und Abschlussart¹



Die Verteilung der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund fiel regional unterschiedlich aus. Die meisten Migrantinnen und Migranten besuchten eine Schule in den kreisfreien Städten Ludwigshafen am Rhein (8 500) und Mainz (7 200). Beide Städte wiesen unter den kreisfreien Städten und Landkreisen mit 46 bzw. 32 Prozent auch den höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf. Obwohl für den Landkreis Südwestpfalz der geringste Anteil an Migrantinnen und Migranten an den allgemeinbildenden Schulen gemeldet wurde, verzeichnete dieser Landkreis den höchsten prozentualen Zuwachs (+38 Prozent), gefolgt von Trier-Saarburg (+23 Prozent).

Zum Ende des Schuljahres 2015/16 erlangten insgesamt knapp 54 000 Schülerinnen und Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen einen allgemeinbildenden Schulabschluss. Während jede bzw. jeder Zweite ohne Migrationshintergrund die Hochschulreife erlangte, erreichte nur jede bzw. jeder Vierte mit Migrationshintergrund eine Hochschulzugangsberechtigung. Unabhängig von der besuchten Schularart weisen die Daten darauf hin, dass der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Migrationshintergrund umso geringer ausfällt, je höher der Schulabschluss ist.

Berufsvorbereitende Bildungsangebote von steigender Bedeutung für Schutz- und Asylsuchende

Zu Beginn des Schuljahres 2016/17 besuchten rund 121 500 Jugendliche und junge Erwachsene, darunter 51 500

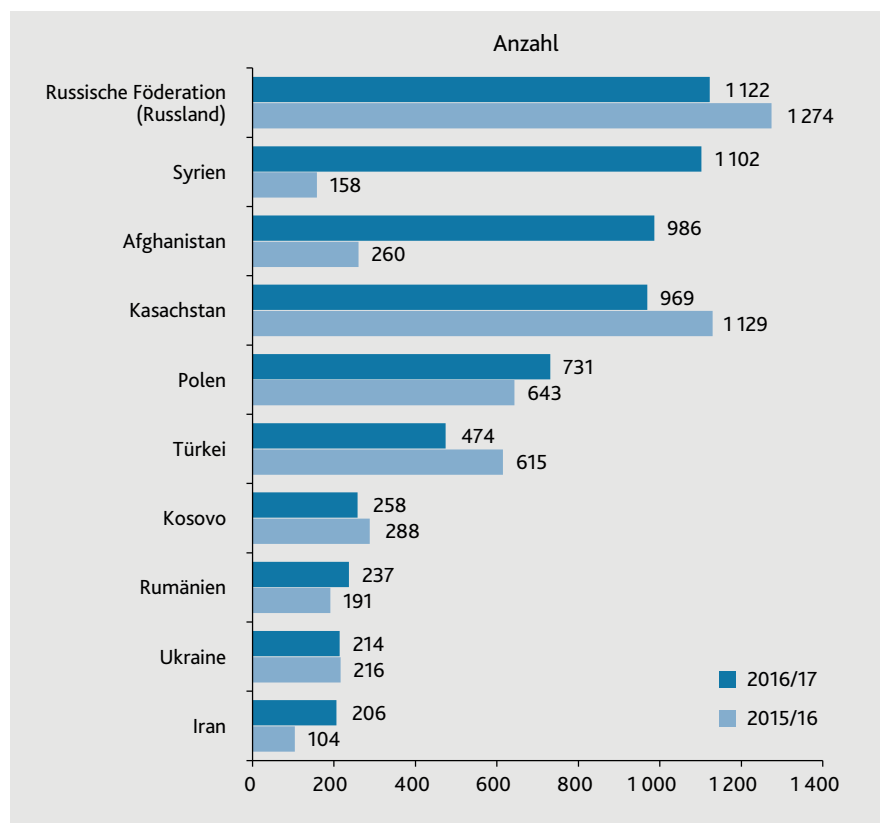
Frauen, eine der 135 Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das waren 721 Schülerinnen und Schüler weniger als im Jahr zuvor (–0,6 Prozent).

Einen deutlichen Anstieg hat die Schülerzahl in den Bildungsgängen erfahren, die den Übergang in die Berufsbildung begleiten oder Ungelernte auf den Arbeitsmarkt vorbereiten. Darunter fallen zum Beispiel Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvertrag, das Berufsvorbereitungsjahr oder Integrations- und Sprachkurse. Der Zuwachs ist auf die zunehmende Integration von Migrantinnen und Migranten in das Berufsbildungssystem zurückzuführen. Für Asyl- und Schutzsuchende wurde das

Angebot des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) um einen sprachfördernden Bildungsgang erweitert. Dadurch stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Übergangsbereich gegenüber dem Vorjahr um 75 Prozent.

Die Teilnehmerzahlen an Bildungsgängen der beruflichen Ausbildung und zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung waren im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig (–2 bzw. –6 Prozent). Besonders vom Rückgang betroffen waren die Berufsoberschulen. Dies begründet sich in den alternativen Angeboten der Fachoberschule und des Fachhochschulreifeunterrichts zur Erlangung der Hochschulreife sowie

Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen 2015/16 und 2016/17 nach den zehn häufigsten Herkunftsländern



durch die zunehmende Öffnung der Hochschulen für Studieninteressierte ohne Hochschulzugangsberechtigung.

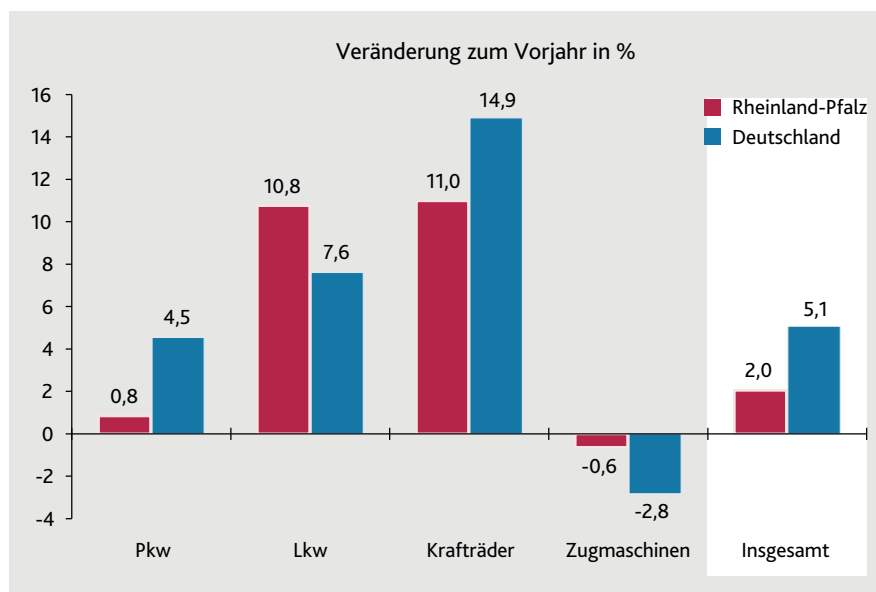
Am häufigsten waren an Berufsbildenden Schulen migrationsgeprägte Jugendliche aus Russland und Syrien (jeweils 1 100), Afghanistan und Kasachstan (jeweils 1 000) sowie Polen (700) vertreten. Während die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler mit slawischem Sprachhintergrund eine berufliche Ausbildung absolvierte, besuchten Jugendliche und junge Erwachsene mit syrischer und afghanischer Herkunft eher integrationsfördernde oder berufsvorbereitende Bildungsgänge des Übergangsbereichs. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die meisten Schülerinnen und Schüler aus den Krisenländern Syrien und Afghanistan erst 2015 und 2016 nach Deutschland einwanderten und zunächst berufsintegrierende und sprachfördernde Angebote der Berufsbildenden Schulen nutzten.

Im Jahr 2015 schlossen 1 761 Erwachsene eine Meisterprüfung erfolgreich ab. Das waren 3,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Absolventenzahl der Technikerinnen und Techniker an Fachschulen sank noch deutlicher. Während zum Schuljahresende 2014/15 knapp über 1 000 junge Erwachsene die staatliche Prüfung erfolgreich bestanden, waren es 2015/16 nur 809 Absolventinnen und Absolventen (–20 Prozent).

Pkw-Neuzulassungen im Jahr 2016 mit leichtem Plus

Die Zahl der im Jahr 2016 in Rheinland-Pfalz neu zugelassenen Personenkraftwagen ist gegenüber dem Vorjahr nur

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2016



leicht um 0,8 Prozent auf rund 131 300 gestiegen. Bundesweit betrug der Zuwachs 4,5 Prozent.

Der Anstieg der neu zugelassenen Krafträder und Lastkraftwagen ist mit jeweils elf Prozent spürbar stärker ausgefallen, dies allerdings bei deutlich geringeren Anzahlen von 9 060 bzw. 12 290 Fahrzeugen. Bei den Zugmaschinen war die Zahl der Neuzulassungen leicht rückläufig (4 120 Fahrzeuge, –0,6 Prozent). Insgesamt wurden 157 900 Kraftfahrzeuge neu zugelassen. Dies waren zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Damit war der Anstieg in Rheinland-Pfalz schwächer als in Deutschland insgesamt, wo die Anzahl der Neuzulassungen um 5,1 Prozent wuchs.

Bei den Besitzumschreibungen, d. h. bei den Wechseln des Halters zugelassener oder außer Betrieb gesetzter Fahrzeuge, waren ebenfalls unein-

heitliche Entwicklungen festzustellen. Bei den Personenkraftwagen blieb die Anzahl der Besitzumschreibungen nahezu unverändert (+0,1 Prozent). Demgegenüber wechselten fünf Prozent mehr Lastkraftwagen die Besitzerin bzw. den Besitzer, während die Entwicklung der Umschreibungen bei den Zugmaschinen und bei den Krafträdern jeweils rückläufig war (–3,6 bzw. –2,5 Prozent). Insgesamt wechselten 460 800 Kraftfahrzeuge ihre Besitzerin bzw. ihren Besitzer. Diese Anzahl ist praktisch identisch mit der Anzahl des Vorjahres, wo 460 700 Besitzumschreibungen zu verzeichnen waren. Für Deutschland insgesamt ergab sich ein leichter Anstieg von einem Prozent.

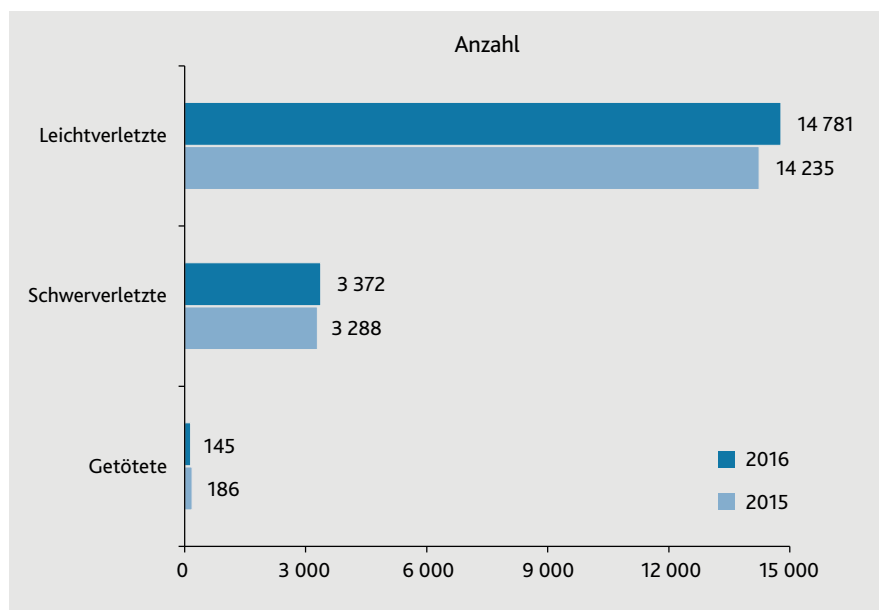
Zahl der Verkehrstoten geht weiter zurück

Im November 2016 verloren 14 Menschen bei Unfällen auf rheinland-pfälzischen Straßen ihr Leben. Das waren

vier weniger als im November des vorangegangenen Jahres. Von Januar bis November 2016 waren insgesamt 145 Todesopfer zu beklagen, 41 weniger als im gleichen Zeitraum 2015. Die Zahl der Schwerverletzten stieg gegenüber dem Vergleichszeitraum um 2,6 Prozent auf 3 372, die Zahl der Leichtverletzten um 3,8 Prozent auf 14 781.

Insgesamt registrierte die Polizei von Januar bis November 130 916 Straßenverkehrsunfälle, 4,2 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Darunter waren 116 826 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden (+4,3 Prozent).

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis November 2015 und 2016



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Januar 2017

Der Verbraucherpreisindex lag im Januar 2017 zwei Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit erreichte die Teuerungsrate den höchsten Stand seit über vier Jahren.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Entwicklung der Energiepreise. Energie war um 6,7 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Vor allem die Preise für Mineralölprodukte zogen deutlich an (+20 Prozent). Dazu trugen insbesondere die Heizölpreise bei (+51 Prozent), aber auch Kraftstoffe verteuerten sich spürbar (+14 Prozent).

Auch Nahrungsmittel waren teurer (+3,7 Prozent). Besonders kräftig fielen die Preissteigerungen bei Speisefetten und Speiseölen sowie bei Gemüse aus (+15 bzw. +10 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate

bezeichnet wird, lag im Januar bei +1,2 Prozent.

Zehn der zwölf Hauptgruppen verzeichneten Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahresmonat. Die größten Zuwächse gab es im Bereich Verkehr (+4,6 Prozent). Lediglich in den Bereichen Nachrichtenübermittlung sowie „Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör“ lagen die Preise niedriger (–0,9 bzw. –0,1 Prozent).

Gegenüber Dezember 2016 ist der Verbraucherpreisindex um 0,6 Prozent gesunken. Deutliche Preisrückgänge waren im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Bekleidung und Schuhe“ zu verzeichnen (–5 bzw. –3,3 Prozent). Die höchsten Zuwächse gab es in den Bereichen Gesundheitspflege und Verkehr (+0,7 bzw. +0,6 Prozent).

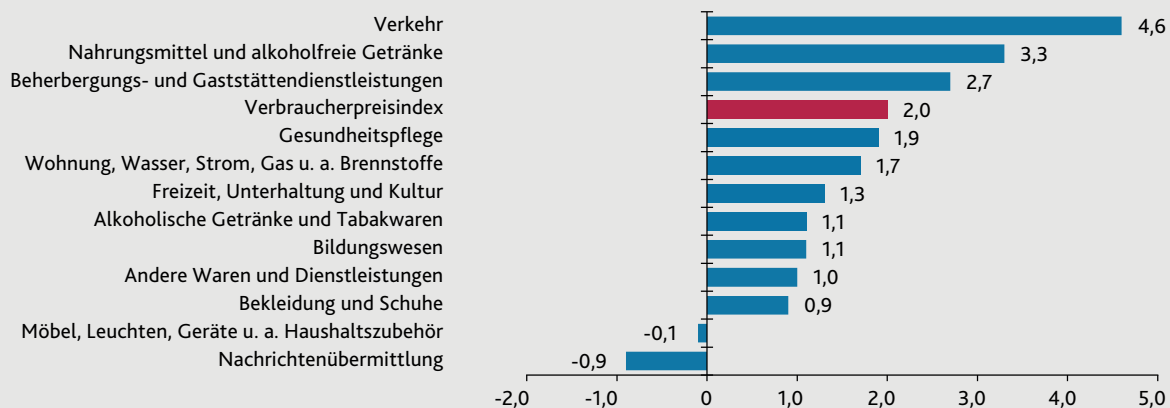
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Januar 2017

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zu Januar 2016 in %

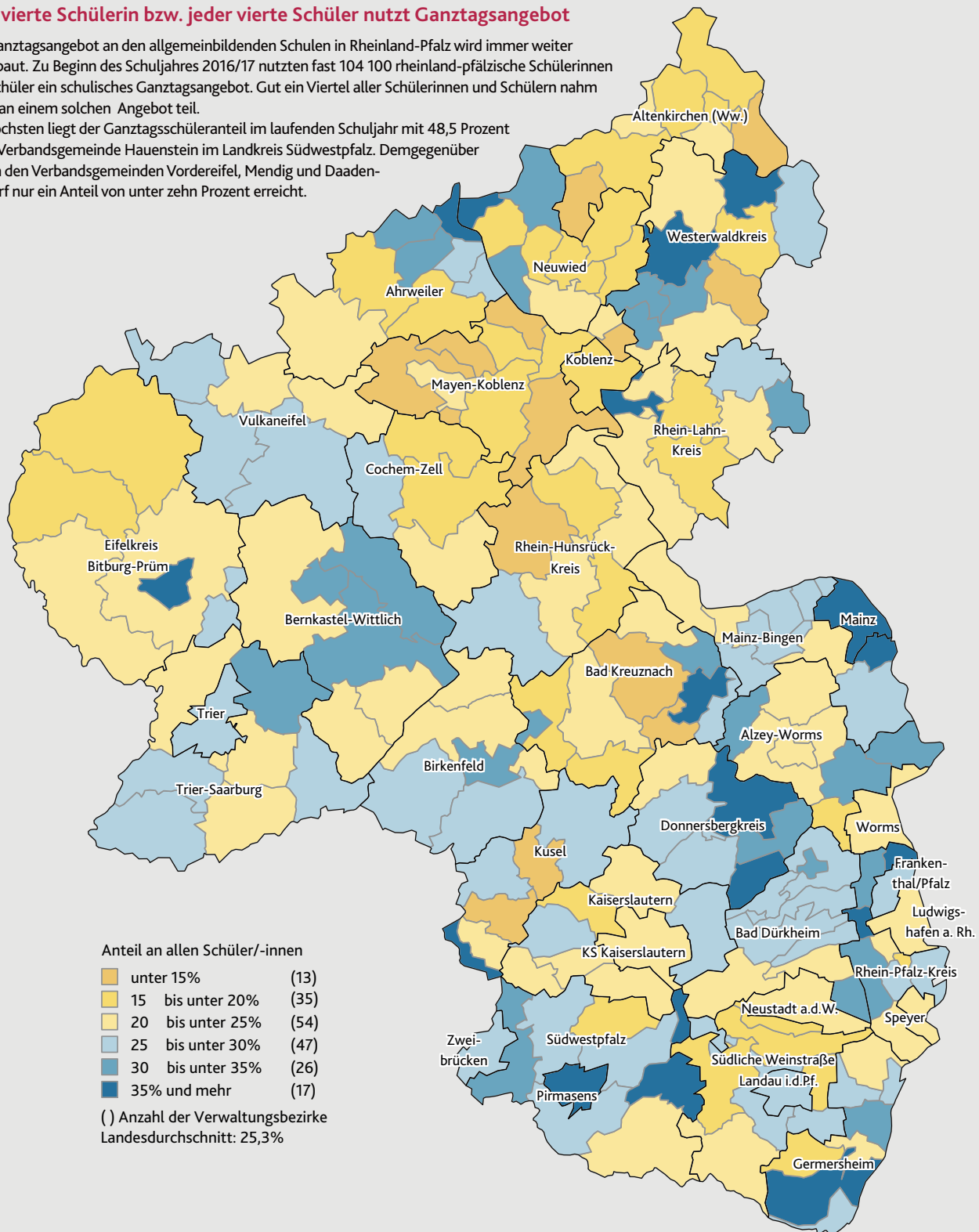


Schüler/-innen (am Wohnort) mit Teilnahme am Ganztagsangebot an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2016/17 nach Verwaltungsbezirken

Jede vierte Schülerin bzw. jeder vierte Schüler nutzt Ganztagsangebot

Das Ganztagsangebot an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz wird immer weiter ausgebaut. Zu Beginn des Schuljahres 2016/17 nutzten fast 104 100 rheinland-pfälzische Schülerinnen und Schüler ein schulisches Ganztagsangebot. Gut ein Viertel aller Schülerinnen und Schülern nahm somit an einem solchen Angebot teil.

Am höchsten liegt der Ganztagschüleranteil im laufenden Schuljahr mit 48,5 Prozent in der Verbandsgemeinde Hauenstein im Landkreis Südwestpfalz. Demgegenüber wird in den Verbandsgemeinden Vordereifel, Mendig und Daaden-Herdorf nur ein Anteil von unter zehn Prozent erreicht.



Verbraucherpreise 2016

Inflationsrate im Jahresdurchschnitt bei +0,6 Prozent



Von Thomas Kirschey

Die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik zählen zu den bekanntesten und meist beachteten in der amtlichen Statistik. Sie sind von elementarer Bedeutung für die Beurteilung inflationärer Tendenzen, dienen als Orientierungsmaßstab (etwa bei Tarifverhandlungen oder in vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe von wiederkehrenden Zahlungen) sowie zur Preisbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Im Durchschnitt des Jahres 2016 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 0,6 Prozent über dem Vorjahresniveau und damit zwischen den niedrigen Werten der beiden Vorjahre (2014: +0,9 Prozent; 2015: +0,2 Prozent). Nach geringen Preissteigerungen in der ersten Jahreshälfte zog die Teuerungsrate zum Jahresende an und erreichte ihren Höchststand mit +1,9 Prozent im Dezember.

Verbraucherpreise steigen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Er dient als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung.

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz ist im Jahresdurchschnitt 2016 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent gestiegen. Die Teuerungsrate lag damit zwischen den niedrigen Werten der beiden Vorjahre (2014: +0,9 Prozent; 2015: +0,2 Prozent) und deutlich unter dem Zielwert der Europäischen Zen-

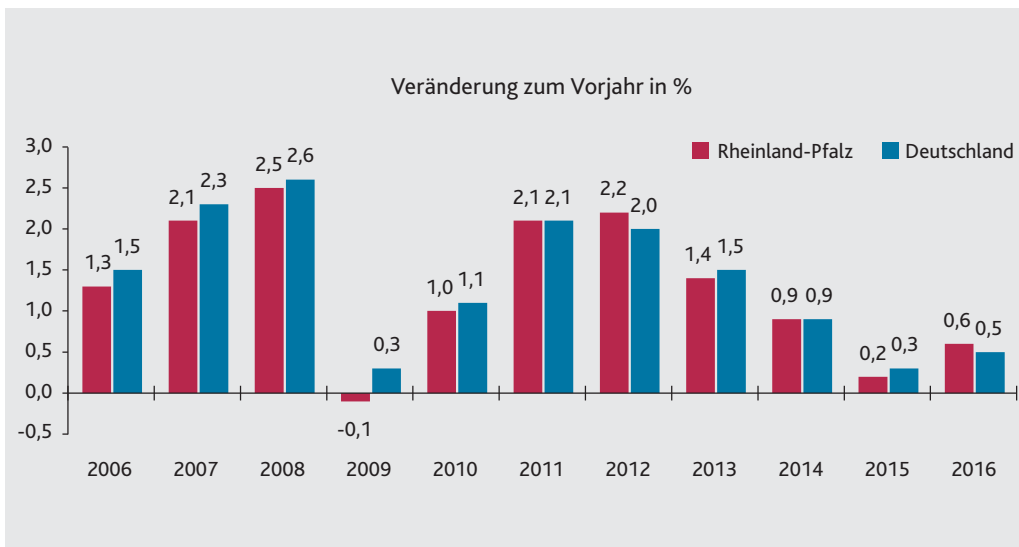
tralbank. Die EZB verfolgt das Ziel, die Inflationsrate auf mittlere Sicht für den Euroraum unter, aber nahe zwei Prozent zu halten.

Bundesweit erhöhte sich der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent. Im Jahr 2015 lag die Inflationsrate für Deutschland bei 0,3 Prozent, die für Rheinland-Pfalz bei 0,2 Prozent. Die nahezu gleichlaufende Preisentwicklung (2016 lag der Index für die Gesamtlebenshaltung in Rheinland-Pfalz bei 107,6 und in Deutschland bei 107,4) ist zum einen durch das bundeseinheitliche Wägungsschema begründet. Zum anderen wirken sich administrierte Preisveränderungen, etwa bei der Festsetzung von Gebühren oder durch Verbrauchsteuern, in allen Bundesländern ähnlich aus.

Teuerungsrate entspricht im Wesentlichen dem Bundesdurchschnitt

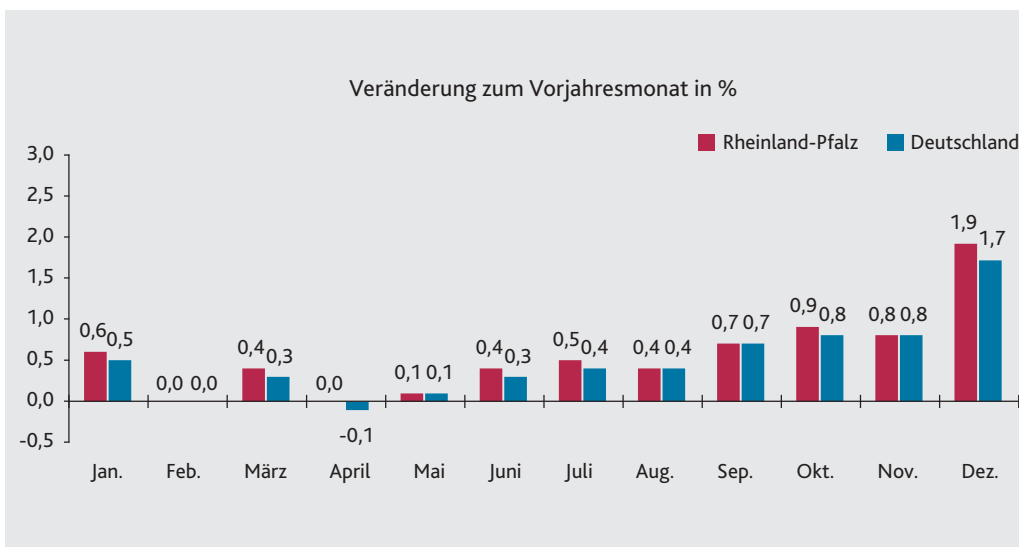
G 1

Durchschnittliche Teuerungsrate in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2006–2016



G 2

Durchschnittliche Teuerungsrate in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2016 nach Monaten



Geringe
Preissteigerung
von Januar
bis August –
höchste
Teuerungsrate
im Dezember

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im Januar 2016 um 0,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Danach war die Teuerungsrate bis August durchgängig niedriger. Im Februar und im April blieb das Preisniveau gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat unverändert. Von September bis November kam es zu

etwas höheren Preissteigerungen in einem Bereich von 0,7 bis 0,9 Prozent. Allerdings blieb die Teuerungsrate damit – wie schon seit Juli 2014 – unterhalb von einem Prozent. Im Dezember erreichte der Preisauftrieb mit +1,9 Prozent den höchsten Stand seit mehr als drei Jahren. Eine Steigerung in dieser Höhe wurde zuletzt im Juli 2013 registriert.

Der Verbraucherpreisindex

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder berechnen den Verbraucherpreisindex für Deutschland und die einzelnen Länder monatlich. In Rheinland-Pfalz erheben 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes die Preise von rund 700 Waren und Dienstleistungen in elf Berichtsgemeinden mit mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser). Insgesamt werden monatlich etwa 20 000 Einzelpreise erhoben. Hinzu kommen Auswertungen von Katalogen, Tarifwerken, Gebührenordnungen sowie Internetangeboten.

Der Verbraucherpreisindex unterstützt Politik, Wirtschaft und auch private Nutzerinnen und Nutzer in ihrer Entscheidungsfindung. So wird er beispielsweise im Rahmen von Tarifverhandlungen herangezogen. Private Verträge mit Wertsicherungsklauseln basieren ebenfalls auf der Entwicklung des Index. Zudem wird die Teuerungsrate für eine Reihe weiterer Statistiken, z. B. für die Deflationierung gesamtwirtschaftlicher Größen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, verwendet.

Als Inflationsmaßstab dient der Verbraucherpreisindex zur Messung der Geldwertstabilität. Daran sind besonders die Ministerien, die Zentralbanken, Wirtschaftsforschungsinstitute, Wissenschaft und Forschung sowie die Medien interessiert.

Warenkorb des Verbraucherpreisindex bildet Verbrauchsstruktur ab

Die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die ihnen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Hierzu wird eine Verbrauchsstruktur, das sogenannte Wägungsschema, auf der Grundlage der Ausgaben der privaten Haushalte für die Käufe von Waren und Dienstleistungen bestimmt. Die Höhe und Struktur der Ausgaben werden durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) ermittelt.

Nach dem zurzeit gültigen Wägungsschema werden im Durchschnitt 32 Prozent des Haushaltsbudgets für Ausgaben rund ums Wohnen aufgewendet. Der Ausgabenanteil in der Hauptgruppe „Verkehr“ liegt bei 13 Prozent, der Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ schlägt mit elf Prozent zu Buche. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke machen ein Zehntel der Verbrauchsausgaben aus. Damit werden für die vier Hauptgruppen mit der höchsten Verbrauchsbedeutung im Durchschnitt zwei Drittel des Haushaltsbudgets aufgewendet.

Basisjahr der Berechnung ist 2010

Der Berechnung des Preisindex liegen die Gewichte (d. h. die Verbrauchsmengen) des Basisjahres zugrunde. Der Index bezieht also den Preis eines Warenkorbs in der Zusammensetzung des Basisjahres zu Güterpreisen des Berichtsjahres auf den Preis des gleichen Warenkorbs zu Güterpreisen des Basisjahres. Es handelt sich damit um einen Preisindex nach der Berechnungsmethode von Laspeyres.

Eine Überarbeitung des Verbraucherpreisindex erfolgt im Turnus von fünf Jahren. Im Januar 2013 wurde auf das Basisjahr 2010 umgestellt. Im Mittelpunkt der Überarbeitung des Verbraucherpreisindex steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die Waren und Dienstleistungen: Die Anteile der Ausgaben für die verschiedenen Waren- und Dienstleistungsgruppen werden den veränderten Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte angepasst. Bis zur nächsten turnusmäßigen Überarbeitung bleibt das neue Wägungsschema konstant. Demgegenüber kann die Auswahl der konkreten Waren und Dienstleistungen für die Preiserhebung auch zwischen den Revisionsterminen angepasst werden (z. B. bei Wegfall von Produkten oder Berichtsstellen, Auftreten neuer Produkte oder Berichtsstellen mit schnell wachsender Verbrauchsbedeutung). Die nächste turnusmäßige Umstellung erfolgt voraussichtlich im Januar 2018 auf das Basisjahr 2015.

Wahrgenommene Inflation und individuelle Teuerungsrate können vom gemessenen Verbraucherpreisindex abweichen

Durch eine sorgfältige Stichprobenauswahl ist gewährleistet, dass die Konsumlandschaft realistisch abgebildet wird. Die „wahrgenommene Teuerung“ dürfte allerdings für viele Menschen von der durch die amtliche Statistik berechneten Teuerungsrate abweichen. So entspricht der mit der Teuerungsrate wiedergegebene Durchschnittswert häufig nicht dem, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen.

Das Wägungsschema ist repräsentativ für einen durchschnittlichen Haushalt. Den durchschnittlichen Konsumenten gibt es jedoch nur in der Theorie. Die amtlich berechnete Teuerung lässt sich daher nicht direkt auf die eigene Situation übertragen. Wer z. B. kein Kraftfahrzeug hat, wird auch kein Geld für Benzin oder Diesel ausgeben – Kraftstoffe gehen aber mit einem Wägungsanteil von knapp vier Prozent in den Warenkorb der Preisstatistik ein. Die Inflationsrate eines einzelnen Haushalts hängt somit in starkem Maße vom individuellen Konsumverhalten ab, d. h. davon, wie viel Geld er für welche Güter ausgibt.

Preissteigerung
im Dezember
durch statisti-
schen Basisef-
fekt verursacht

Ein wesentlicher Grund für diesen kräftigen Anstieg der Inflationsrate war die Entwicklung der Energiepreise. Nach einem deutlichen Rückgang im zweiten Halbjahr 2015 erreichten die Energiepreise im Dezember 2015 ein außergewöhnlich niedriges Niveau, das bei der Berechnung der Preissteigerungsrate für Dezember 2016 zu einem statistischen Basiseffekt führte. Dieser Basiseffekt wird auch in den kommenden Monaten noch wirken. Im Dezember 2016 war Energie um 3,8 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Vor allem die Preise für Mineralölprodukte zogen deutlich an (+11 Prozent). Dazu trugen insbesondere die Heizölpreise bei, die innerhalb eines Jahres um 28 Prozent zulegten. Aber auch Kraftstoffe verteuerten sich spürbar (+7,5 Prozent).

Energiepreise im Jahresdurchschnitt um fünf Prozent unter dem Vorjahresniveau

Kraftstoffe
7,1 Prozent,
Haushalts-
energie
4,1 Prozent
billiger als im
Vorjahr

Trotz der Entwicklung im Dezember wirkten sich die außergewöhnlich niedrigen Energiepreise in den ersten Monaten im Jahresdurchschnitt 2016 dämpfend auf die Teuerungsrate aus. Nachdem es bereits im Vorjahr zu deutlichen Preissenkungen im Energiebereich gekommen war (2015: -7,2 Prozent), verringerten sich die Energiepreise 2016 durchschnittlich um fünf Prozent. Kraftstoffe verbilligten sich um 7,1 Prozent (2015: -10 Prozent); Haushaltsenergie war 4,1 Prozent günstiger als im Vorjahr (2015: -5,7 Prozent). Ohne Berücksichtigung der Energie hätte die Jahresteuersrate 2016 bei 1,2 Prozent gelegen (2015: 1,1 Prozent). Damit dämpfte der Preisrückgang im Energiebereich die Gesamtteuerung um etwa 0,6 Prozentpunkte.

Die als Kerninflationsrate bezeichnete Veränderung des „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ stieg im Jahresdurchschnitt 2016 wie im auch im Vorjahr

um 1,2 Prozent. Um längerfristige Trends im Preisniveau zu erkennen, werden bei diesem Preisindex Güter, deren Preise besonders schwankungsanfällig sind, nicht berücksichtigt. Die unterjährige Entwicklung der Kerninflation bewegte sich in einem engen Korridor von +1 Prozent im April bis +1,5 Prozent im Dezember.

Kerninflation
im Jahres-
durchschnitt
bei +1,2
Prozent

Verbraucherpreisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen verläuft uneinheitlich

Die Gliederung nach den zwölf Hauptgruppen des Verbraucherpreisindex zeigt für zehn Bereiche gegenüber 2015 steigende Preise. Die höchsten Teuerungsraten gab es in den Hauptgruppen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+2,3 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (+2,2 Prozent). In den Hauptgruppen „Nachrichtenübermittlung“ (-1 Prozent) sowie „Verkehr“ (-0,5 Prozent) wurden dagegen niedrigere Preise als im Jahr zuvor registriert.

Preisverän-
derung in den
Hauptgruppen
zwischen
-1 und +2,3
Prozent

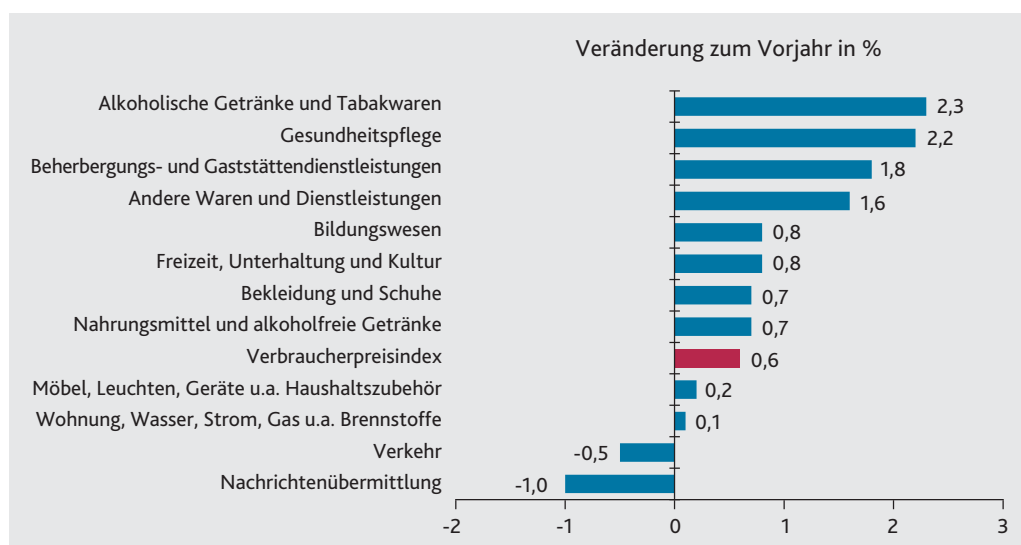
Auch innerhalb der Hauptgruppen des Verbraucherpreisindex werden unterschiedliche Entwicklungen deutlich. Um maßgebliche Preiseffekte zu identifizieren, erfolgt daher – in absteigender Reihenfolge der Verbrauchsbedeutung der einzelnen Hauptgruppen – eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen jahresdurchschnittlichen Preisentwicklung.

Preise rund ums Wohnen nahezu unverändert

Die Preise in der Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ (Wägungsanteil: 32 Prozent) sind gegenüber dem Vorjahr nur leicht gestiegen (+0,1 Prozent). Trotz des hohen Verbrauchsanteils war daher der Einfluss dieser Gruppe auf die Gesamtteuerung gering.

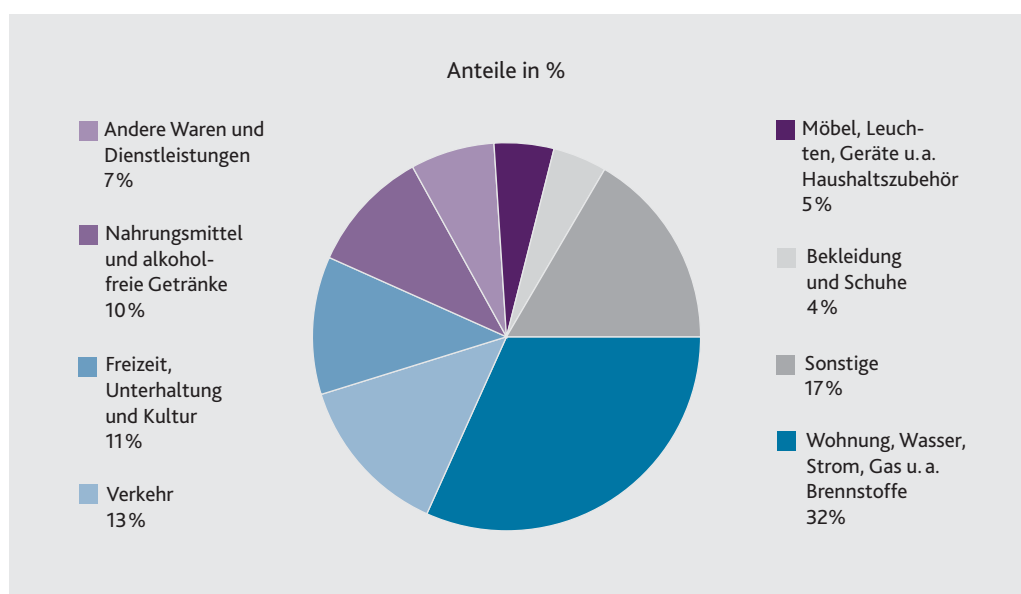
G 3

Verbraucherpreisindex 2016



G 4

Warenkorb im Basisjahr 2010 nach Waren- und Dienstleistungsgruppen



Mieten steigen
um 1,2 Prozent

Die Wohnungsmieten ohne Nebenkosten erhöhten sich um 1,2 Prozent. Die Preise für die regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung stiegen um 1,3 Prozent. Für die Wasserversorgung und andere wohnungsbezogene Dienstleistungen musste ebenfalls mehr bezahlt werden als im Vorjahr (+1 Prozent).

Der deutliche Preisrückgang bei der Haushaltsenergie (−4,1 Prozent) ist in erster Linie auf die kräftig gesunkenen Heizölpreise zurückzuführen (−17 Prozent). Zu Rückgängen kam es aber auch bei der Umlage für Zentralheizung und Fernwärme (−8,3 Prozent) sowie bei den Gaspreisen (−1,6 Prozent). Strom wurde dagegen teurer (+0,8 Prozent).

T 1

Preisspiegel für Energie 2016

Güterart	Indexstand 2016	Veränderung zu 2015
	Basis 2010=100	%
Energie insgesamt	102,3	-5,0
davon		
Haushaltsenergie insgesamt	108,7	-4,1
davon		
Heizöl	76,1	-16,5
Strom	127,2	0,8
Gas	107,3	-1,6
Feste Brennstoffe	108,8	-3,3
Zentralheizung, Fernwärme	102,1	-8,3
Kraftstoffe insgesamt	90,8	-7,1
darunter		
Superbenzin	91,8	-6,8
Dieselmotorkraftstoff	88,4	-7,9

Preise im Bereich Verkehr sinken um 0,5 Prozent

Haushaltsenergie wird um 4,1 Prozent günstiger

Der Preisrückgang im Bereich „Verkehr“ (Wägungsanteil: 13 Prozent) belief sich 2016 auf 0,5 Prozent. Dies hatte einen dämpfenden Einfluss von knapp 0,1 Prozentpunkten auf die Teuerungsrate.

Kraftstoffe billiger, Fahrzeuge teurer als im Vorjahr

Die Entwicklung wurde in erster Linie durch die gesunkenen Kraftstoffpreise bestimmt (-7,1 Prozent). Der Preis für Superbenzin lag im Durchschnitt um 6,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau; Diesel war um 7,9 Prozent billiger. Für den Kauf von Personenkraftwagen mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher dagegen mehr bezahlen als im Vorjahr (+1,3 Prozent). Bedingt durch diese Entwicklungen sank auch 2016 der Kraftfahrer-Preisindex, der Waren und Dienstleistungen rund um die private Mobilität zusammenfasst (-0,9 Prozent).

Die Preise für die Personenbeförderung im Straßenverkehr (z. B. Taxifahrten) legten um 3,6 Prozent zu. Die Personenbeförderung im

Schienenverkehr (z. B. Bahntickets) verteuerte sich um 0,3 Prozent. Dagegen musste für die Personenbeförderung im Luftverkehr (z. B. Flugreisen) etwas weniger bezahlt werden als im Vorjahr (-0,2 Prozent).

Preise für Personenbeförderung entwickeln sich uneinheitlich

Preise für Freizeit, Unterhaltung und Kultur steigen um 0,8 Prozent

In der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (Wägungsanteil: elf Prozent) stiegen die Preise um 0,8 Prozent und trugen damit etwa 0,1 Prozentpunkte zur Gesamterhöhung bei.

Die Preise für Zeitungen und Zeitschriften zogen spürbar an (+4 Prozent). Freizeit- und Kulturdienstleistungen verteuerten sich um 1,2 Prozent. Die Preise von audiovisuellen, fotografischen und Informationsverarbeitungsgeräten sowie deren Zubehör stiegen um 0,5 Prozent. Pauschalreisen wurden dagegen im Jahresdurchschnitt günstiger (-0,8 Prozent).

Zeitungen und Zeitschriften um vier Prozent teurer – Preise für Pauschalreisen sinken um 0,8 Prozent

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke insgesamt um 0,7 Prozent teurer

Im Bereich „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (Wägungsanteil: zehn Prozent) lag der Preisanstieg im Jahresdurchschnitt bei 0,7 Prozent. Damit belief sich der Beitrag zur Gesamtteuerung auf knapp 0,1 Prozentpunkte.

Fisch und Fischwaren
4,9 Prozent
teurer –
Molkereiprodukte und Eier
2,8 Prozent
günstiger

Nahrungsmittel verteuerten sich insgesamt um 0,8 Prozent. Vor allem die Preise für Fisch und Fischwaren (+4,9 Prozent), für Gemüse (+3 Prozent), für Speisefette und -öle (+2,9 Prozent) sowie für Obst (+2,3 Prozent) zogen spürbar an. Aber auch für Fleisch und Fleischwaren (+0,7 Prozent) sowie für Brot und Getreideerzeugnisse (+0,6 Prozent) musste mehr bezahlt werden. Billiger als im Vorjahr waren dagegen Molkereiprodukte und Eier (–2,8 Prozent).

Keine Preisveränderung bei alkoholfreien Getränken

Die Preise für alkoholfreie Getränke blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Verteuerung von Mineralwasser, Limonaden und Säften (+1,7 Prozent) wurde durch Preissenkungen bei Kaffee, Tee und Kakao (–3,2 Prozent) ausgeglichen.

„Andere Waren und Dienstleistungen“ verteuern sich um 1,6 Prozent

In dem heterogenen Bereich „Andere Waren und Dienstleistungen“ (Wägungsanteil: sieben Prozent) stiegen die Preise gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent. Der Einfluss auf die Gesamtteuerung belief sich damit auf etwas mehr als 0,1 Prozentpunkte.

Dienstleistungen sozialer Einrichtungen verteuern sich um 4,6 Prozent

Unter diesen Gütern, die sich keiner der übrigen Hauptgruppen zuordnen lassen, wurden deutliche Preiserhöhungen für „Dienstleistungen sozialer Einrichtungen“ (+4,6 Prozent), für „Persönliche Gebrauchsgegenstände“ (+2,8 Prozent) sowie für „Ver-

sicherungsdienstleistungen“ (+2,5 Prozent) ermittelt. Für Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege musste dagegen genauso viel bezahlt werden wie im Vorjahr.

Einrichtungsgegenstände kosten 0,2 Prozent mehr

Die Preise in der Hauptgruppe „Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör“ (Wägungsanteil: fünf Prozent) stiegen 2016 durchschnittlich um 0,2 Prozent und hatten daher nur einen sehr geringen Einfluss auf die Gesamtteuerung.

Unter den Einrichtungsgegenständen verteuerten sich Heimtextilien am stärksten (+1,5 Prozent). Aber auch für Möbel, Leuchten und Teppiche musste mehr bezahlt werden als im Vorjahr (+0,7 Prozent). Haushaltsgeräte und Werkzeuge wurden dagegen günstiger (–0,7 bzw. –0,4 Prozent).

Preise für Heimtextilien steigen um 1,5 Prozent

Preise für Bekleidung und Schuhe steigen um 0,7 Prozent

In der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe“ (Wägungsanteil: vier Prozent) stiegen die Preise durchschnittlich um 0,7 Prozent. Auch hier war der Beitrag zur Gesamtteuerung gering. Die Preise für Bekleidung lagen um 0,6 Prozent über dem Vorjahresniveau. Schuhe verteuerten sich – bedingt durch den Einfluss der Preise für Reparaturen – etwas stärker (+0,7 Prozent).

Preise für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen ziehen um 1,8 Prozent an

Die Preise in der Hauptgruppe „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (Wägungsanteil: vier Prozent) stiegen 2016 durchschnittlich um 1,8 Prozent. Der Einfluss auf die Gesamtteuerung belief sich damit

auf etwa 0,1 Prozentpunkte. Für Gaststättendienstleistungen musste 1,8 Prozent mehr gezahlt werden als im Vorjahr. Übernachtungen wurden durchschnittlich um 1,7 Prozent teurer.

Für Gesundheitspflege muss 2,2 Prozent mehr bezahlt werden

Der Preisindex der Hauptgruppe „Gesundheitspflege“ (Wägungsanteil: vier Prozent) stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent. Der Einfluss auf den Gesamtindex machte damit etwa 0,1 Prozentpunkte aus.

Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen verteuern sich um 3,4 Prozent

Im Jahr 2016 stiegen die Preise für medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen um 3,4 Prozent. Stationäre Gesundheitsdienstleistungen verteuerten sich um 2,3 Prozent, ambulante Gesundheitsdienstleistungen um 0,5 Prozent. In die Berechnung der Gesundheitsdienstleistungen gehen bei gesetzlich Versicherten allerdings nur die Zuzahlungen ein. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind Sozialbeiträge und deshalb nicht Bestandteil der Verbrauchsausgaben.

Höchste Preissteigerung für alkoholische Getränke und Tabakwaren: +2,3 Prozent

Die höchste Teuerungsrate gab es mit +2,3 Prozent in der Hauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (Wägungsanteil: vier Prozent). Der Beitrag zur Gesamtteuerung belief sich damit auf etwa 0,1 Prozentpunkte.

Preise für Tabakwaren 2016 um 3,6 Prozent gestiegen

Vor allem bei Tabakwaren zogen die Preise überdurchschnittlich an (+3,6 Prozent). Alkoholische Getränke wurden um 0,4 Prozent teurer: Für Bier musste 1,1 Prozent mehr, für Wein dagegen 0,3 Prozent weniger als im Vorjahr bezahlt werden.

Preise im Bereich Nachrichtenübermittlung sinken um ein Prozent

Im Bereich der „Nachrichtenübermittlung“ (Wägungsanteil: drei Prozent) setzte sich der für die Verbraucherinnen und Verbraucher positive Trend fort. Im Durchschnitt sanken die Preise im Vergleich zu 2015 um ein Prozent. Aufgrund der geringen Verbrauchsbedeutung wirkte sich das allerdings auf die Gesamtteuerung nur schwach preisdämpfend aus.

Nachrichtenübermittlung erneut günstiger

Billiger wurden beispielsweise Telekommunikationsdienstleistungen (–1,5 Prozent) sowie Telefone und andere Geräte für die Kommunikation (–1,3 Prozent). Deutliche Preissteigerungen gab es dagegen bei Post- und Kurierdienstleistungen (+4,9 Prozent).

Telekommunikationsdienstleistungen kosten 1,5 Prozent weniger

Preise im Bildungswesen steigen um 0,8 Prozent

Der Preisanstieg in der Hauptgruppe „Bildungswesen“ lag im Jahr 2016 bei 0,8 Prozent. Damit ging von der Hauptgruppe mit dem niedrigsten Wägungsanteil von einem Prozent kein Einfluss auf die Gesamtteuerung aus.

Die Preise für „Bildungsdienstleistungen des Sekundarbereichs“ (Klassenstufen 5 bis 10 bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13 sowie berufsbildende Schulen) stiegen um 3,4 Prozent. „Bildungsdienstleistungen des Tertiärbereichs“, der die Hochschulen umfasst, verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent.

Bildungsdienstleistungen des Sekundarbereichs steigen um 0,8 Prozent

Fazit

Im Durchschnitt des Jahres 2016 lag die Teuerungsrate für Rheinland-Pfalz mit +0,6 Prozent wie in den beiden Vorjahren wieder deutlich unter dem Zielwert

der Europäischen Zentralbank für den Euroraum. Nach geringen Preissteigerungen in der ersten Jahreshälfte zog die Teuerungsrate zum Jahresende an und erreichte ihren Höchststand mit +1,9 Prozent im Dezember.

Die niedrige Jahresteuierungsrate wurde in besonderem Maße durch die Preisentwicklung der Energieprodukte geprägt. Hier wirkte sich insbesondere der Preisrück-

gang bei Mineralölprodukten aus. Ohne Berücksichtigung der Energie wären die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 1,2 Prozent gestiegen.

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten, FDZ“ tätig.

Finanzvermögen der öffentlichen Hand

Ergebnisse der amtlichen Statistik



Von Dr. Christoph Wonke

Die amtliche Statistik erfasst regelmäßig das Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts. Dieses betrug in Rheinland-Pfalz 2015 rund 12,4 Milliarden Euro. Die größten Anteile entfallen beim Land auf sonstige Forderungen und bei den Kommunen auf Anteilsrechte. Im Ländervergleich fällt das Finanzvermögen sowohl für das Land als auch für die

Kommunen eher unterdurchschnittlich aus. Die amtliche Statistik kann bestenfalls erste Hinweise liefern, ob und inwieweit Finanzvermögen zur Reduzierung der Schulden einsetzbar wäre.

Bestandteile der Erhebung zum Finanzvermögen

Die öffentliche Hand darf in Deutschland zur Finanzierung ihrer Ausgaben auch Schulden aufnehmen. Andererseits kann sie entstehende Deckungslücken auch durch den Einsatz von Vermögen schließen. Als nutzbares Vermögen kommen hierfür prinzipiell das Sachvermögen (z. B. Grundstücke; Gebäude) sowie das Finanzvermögen (z. B. Aktien) in Betracht.

Die amtliche Statistik erfasst jährlich das Finanzvermögen der öffentlichen Hand. Hierfür werden in einer Stichtagserhebung zum 31. Dezember des jeweiligen Bezugsjahres unterschiedliche Positionen des Finanzvermögens bei den Kommunen, den Ländern und dem Bund erhoben.

Erhebungsprogramm umfasst fünf Bereiche

Das Erhebungsprogramm gliedert sich im Wesentlichen in fünf Teilbereiche:

1. Bargeld und Einlagen
2. Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) und Finanzderivate

3. Anteilsrechte
4. Ausleihungen
5. Sonstige Forderungen (Ansprüche)

Unter Bargeld werden alle Banknoten und Münzen verstanden, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden. Bei Einlagen handelt es sich einerseits um die klassischen Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten. Sie sind sofort in Bargeld umtauschbar oder durch Verfügungen, wie z. B. Überweisungen, jederzeit übertragbar (u. a. Girokonten). Die amtliche Statistik erfasst jedoch auch diejenigen Einlagen, bei denen die Umwandlung in Bargeld oder die Übertragung nicht jederzeit möglich ist (beispielsweise Termineinlagen, Sparguthaben).

Bargeld und Einlagen

Bei den Wertpapieren unterscheidet die Statistik zwischen Wertpapieren ohne Anteilsrechte und Wertpapieren mit Anteilsrechten. Die Wertpapiere ohne Anteilsrechte setzen sich aus Geldmarktpapieren und den Kapitalmarktpapieren zusammen. Sie garantieren der Besitzerin bzw. dem Besitz-

Wertpapiere

zer ein vertraglich festgelegtes regelmäßiges Zinseinkommen sowie die Rückzahlung des überlassenen Kapitalbetrags (z. B. Inhaberschuldverschreibungen).

Anteilsrechte Davon abzugrenzen sind die Wertpapiere mit Anteilsrechten. Sie verbriefen Eigentumsrechte an Unternehmen und Einrichtungen. Hierzu gehören beispielsweise (börsennotierte) Aktien. Zu der Kategorie „Anteilsrechte“ zählt die amtliche Statistik jedoch prinzipiell auch alle anderen Beteiligungen an Unternehmen (z. B. Geschäftsanteile an einer GmbH).

Ausleihungen Tritt die öffentliche Hand als Kreditgeber auf und nutzt sie dabei lediglich nicht begebare Titel oder verzichtet sie sogar völlig auf eine Verbriefung, so spricht die amtliche Statistik von „Ausleihungen“. Das ist beispielsweise dann gegeben, wenn die öffentliche Hand als Kreditgeber im Wohnungsbau fungiert.

Sonstige Forderungen Alle verbleibenden Forderungen, die sich nicht in die oben genannten Kategorien einordnen lassen, werden als „sonstige Forderungen“ erfasst. Sie entstehen, wenn eine Transaktion und die damit verbundene Zahlung zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattfinden. Das ist beispielsweise der Fall, wenn eine Kommune für eine vertraglich vereinbarte Leistung bereits Anzahlungen geleistet hat und die betreffende Leistung jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt für die Kommune erbracht wird. Ein wesentlicher Bestandteil sind erfahrungsgemäß aber auch ausstehende Steuerforderungen der Finanzbehörden.

Amtliche Statistik erfasst Kernhaushalte und Extrahaushalte Die öffentliche Hand darf ihre Aufgaben im Rahmen der eigenen Verwaltung erbringen. Hierzu gehören die klassischen Behörden wie beispielsweise Ministerien, Landesämter und Gemeindeverwaltungen. Sie werden in ihrer Gesamtheit in der Finanzstatistik als „Kernhaushalt“ bezeichnet. Die öffentliche

Hand kann zusätzlich auch Einheiten nutzen, die zwar außerhalb des Kernhaushalts liegen, jedoch durch die öffentliche Hand kontrolliert werden (i. d. R. aufgrund von dementsprechenden Stimmrechts- oder Nennkapitalanteilen). Man spricht dann von „Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU)“ der öffentlichen Hand. Weisen diese eine besonders starke Nähe zur öffentlichen Hand auf (Maßstab: geringer Eigenfinanzierungsgrad; hohe Umsätze mit öffentlicher Hand), so werden sie als Extrahaushalte bezeichnet. Die amtliche Statistik erfasst sowohl bei den Kernhaushalten als auch bei den Extrahaushalten das Finanzvermögen. Die Kombination aus Kernhaushalten und Extrahaushalten wird in der amtlichen Statistik als Gesamthaushalt bezeichnet.

Ergebnisse unterscheiden sich je nach Auswertungsvariante

Das Finanzvermögen des Gesamthaushalts der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände betrug im Jahr 2015 rund 11,7 Milliarden Euro. Für die Landesebene wurden rund 36,8 Milliarden Euro registriert.

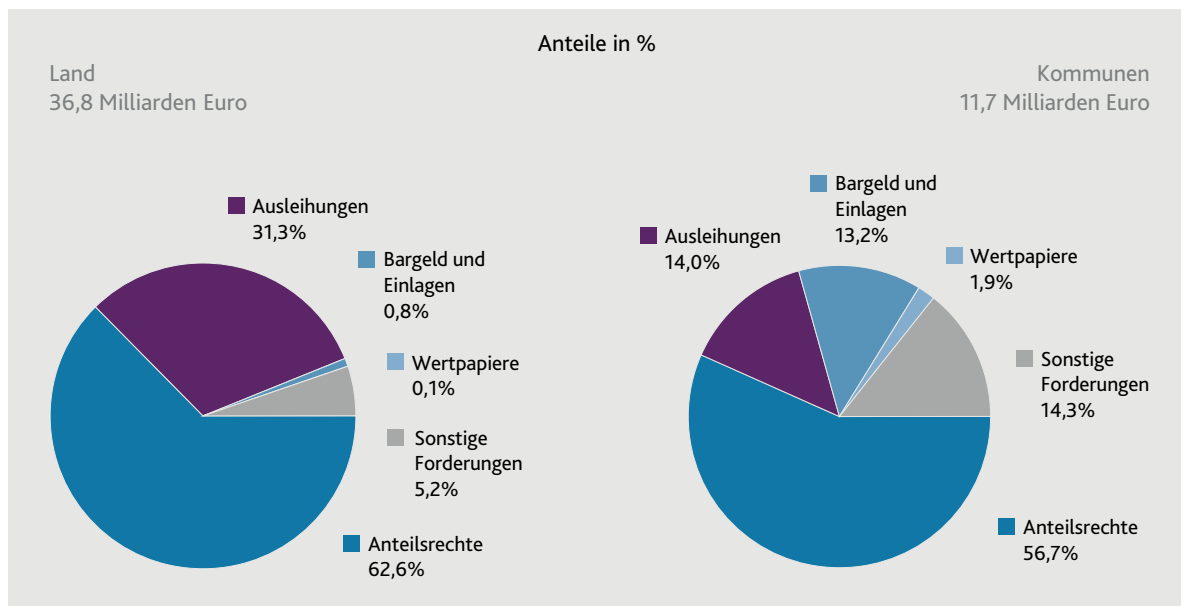
Sowohl beim Land als auch bei den Kommunen machten die Anteilsrechte den höchsten Anteil am Finanzvermögen aus. Er betrug beim Land 63 Prozent (23,1 Milliarden Euro) und bei den Kommunen 57 Prozent (6,6 Milliarden Euro).

Auffällig ist, dass bei den Kommunen die Anteile der Ausleihungen (14 Prozent bzw. 1,6 Milliarden Euro), der sonstigen Forderungen (14 Prozent bzw. 1,7 Milliarden Euro) sowie Bargeld und Einlagen (13 Prozent bzw. 1,5 Milliarden Euro) relativ ähnlich ausfallen. Beim Land spielen die Ausleihungen mit 31 Prozent (11,5 Milliarden Euro) eine wesentlich größere

Anteilsrechte haben höchsten Anteil am Finanzvermögen

G 1

Finanzvermögen des Landes und der Kommunen 2015 (Auswertungsvariante 1)



Rolle. Die sonstigen Forderungen (5,2 Prozent bzw. 1,9 Milliarden Euro) sowie Bargeld und Einlagen (0,8 Prozent bzw. 0,3 Milliarden Euro) fallen hingegen deutlich kleiner aus.

Geringste Bedeutung haben Wertpapiere und Finanzderivate

Wertpapiere und Finanzderivate sind sowohl beim Land (0,1 Prozent bzw. 31 Millionen Euro) als auch bei den Kommunen (1,9 Prozent bzw. 219 Millionen Euro) der Höhe nach eher von geringer Bedeutung.

Einschränkung durch Verflechtungen

Prinzipiell muss dieses Ergebnis aufgrund diverser Verflechtungen, die innerhalb der öffentlichen Hand existieren, stark relativiert werden: Finanzvermögen kann nach dieser ersten Auswertungsvariante nämlich in einem beträchtlichen Umfang aufgrund von Besitz- und Finanzbeziehungen entstehen, die sich ausschließlich innerhalb der öffentlichen Hand abspielen. Derartige Beziehungen bestehen beispielsweise, wenn die öffentliche Hand einem eigenen Unternehmen einen Kredit (Ausleihung) gewährt.

Demnach erscheint es sinnvoll, eine zweite Auswertungsvariante zu nutzen. Bei dieser

wird möglichst nur noch das Finanzvermögen berücksichtigt, das nicht durch Querbeziehungen innerhalb der öffentlichen Hand entstanden ist (siehe Übersicht 1).

Nach dieser zweiten Auswertungsvariante beträgt das Finanzvermögen des Landes nur noch 3,8 Milliarden Euro; das der Kommunen 8,6 Milliarden Euro.

Zweite Auswertungsvariante vermindert Ergebnis deutlich

Den größten Anteil am Finanzvermögen des Landes machen nun nicht mehr die Anteilsrechte und Ausleihen aus, sondern die sonstigen Forderungen mit rund 50 Prozent (1,9 Milliarden Euro). Die Anteilsrechte betragen rund 1,2 Milliarden Euro (30 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgen auf Platz drei und vier die Ausleihungen (elf Prozent bzw. 400 Millionen Euro) sowie das Bargeld bzw. die Einlagen (8,1 Prozent bzw. 300 Millionen Euro). Mit einem Volumen von insgesamt lediglich 30 Millionen Euro stellen die Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) bzw. die Finanzderivate das Schlusslicht unter den Vermögensarten des Landes dar (0,8 Prozent).

Ü 1

Auswertungsvarianten

Merkmal	Variante 1	Variante 2
1. Bargeld und Einlagen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bargeld ■ Sichteinlagen ■ sonstige Einlagen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bargeld ■ Sichteinlagen ■ sonstige Einlagen
2. Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) und Finanzderivate	<ul style="list-style-type: none"> ■ Geldmarktpapiere beim öffentlichen Bereich ■ Geldmarktpapiere beim nicht-öffentlichen Bereich ■ Kapitalmarktpapiere beim öffentlichen Bereich ■ Kapitalmarktpapiere beim nicht-öffentlichen Bereich ■ Finanzderivate 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Geldmarktpapiere beim öffentlichen Bereich ■ Geldmarktpapiere beim nicht-öffentlichen Bereich ■ Kapitalmarktpapiere beim öffentlichen Bereich ■ Kapitalmarktpapiere beim nicht-öffentlichen Bereich ■ Finanzderivate
3. Anteilsrechte	<ul style="list-style-type: none"> ■ börsennotierte Aktien ■ nichtbörsennotierte Aktien (einschließlich Anteilsrechte an Extrahaushalten) ■ sonstige Anteilsrechte (einschließlich Anteilsrechte an Extrahaushalten) ■ Investmentzertifikate 	<ul style="list-style-type: none"> ■ börsennotierte Aktien ■ nichtbörsennotierte Aktien (einschließlich Anteilsrechte an Extrahaushalten) ■ sonstige Anteilsrechte (einschließlich Anteilsrechte an Extrahaushalten) ■ Investmentzertifikate
4. Ausleihungen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ausleihungen an öffentlichen Bereich (u. a. Bund/Land/Kommunen) ■ Ausleihung an nicht-öffentlichen Bereich (u. a. Kreditinstitute, Genossenschaften) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ausleihungen an öffentlichen Bereich (u. a. Bund/Land/Kommunen) ■ Ausleihung an nicht-öffentlichen Bereich (u. a. Kreditinstitute, Genossenschaften)
5. sonstige Forderungen (Ansprüche)	<ul style="list-style-type: none"> ■ öffentlich-rechtliche Forderungen (u. a. Steuern, Gebühren) ■ privatrechtliche Forderungen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ öffentlich-rechtliche Forderungen (u. a. Steuern, Gebühren) ■ privatrechtliche Forderungen
1.–5. Auswertungskreis	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kernhaushalte (u. a. Ministerien, Behörden) ■ Extrahaushalte (u. a. Landesbetriebe, Eigenbetriebe, Versorgungsfonds) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kernhaushalte (u. a. Ministerien, Behörden) ■ Extrahaushalte (u. a. Landesbetriebe, Eigenbetriebe, Versorgungsfonds)

Bei den Kommunen setzt sich das Finanzvermögen auch bei dieser zweiten Auswertungsvariante zum größten Teil aus Anteilsrechten zusammen (59 Prozent bzw. 5,1 Milliarden Euro). Die sonstigen Forderungen (20 Prozent bzw. 1,7 Milliarden Euro) sowie Bargeld und Sichteinlagen (18 Prozent bzw. 1,5 Milliarden Euro) belegen die folgenden Plätze. Wertpapieren (ohne Anteilsrechte) und Finanzderivaten (2,6 Prozent bzw. 220 Millionen Euro) kommen ebenso wie Ausleihungen (0,6 Prozent bzw. 50 Millionen Euro) eher eine untergeordnete Bedeutung zu.

Kann das Finanzvermögen zur Schuldentilgung eingesetzt werden?

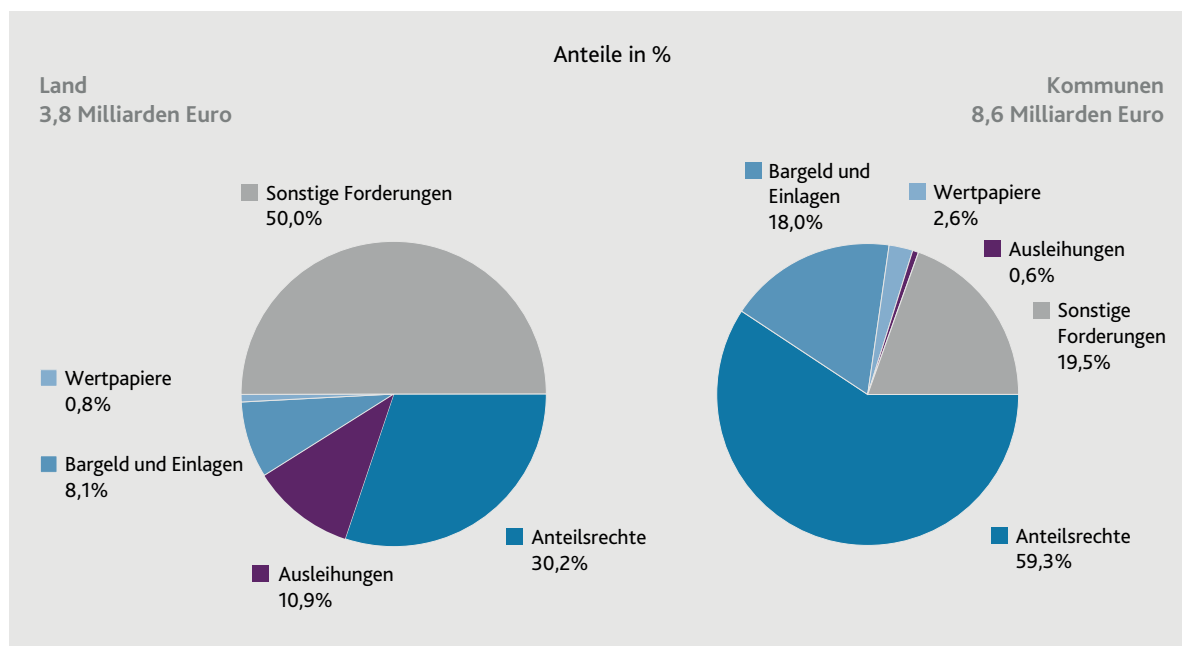
Das Land Rheinland-Pfalz ist verschuldet. Die Schulden des Landes beliefen sich 2015

auf rund 33 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, inwieweit das Finanzvermögen als entlastendes Element einsetzbar wäre. Die amtliche Statistik kann hierzu allerdings bestenfalls erste Ansatzpunkte aufzeigen:

Beim Land besteht das statistisch erfasste Finanzvermögen zum größten Teil aus sonstigen Forderungen (1,9 Milliarden Euro). Davon betreffen rund 1,4 Milliarden Euro ausstehende Zahlungen aus Besitz- und Verkehrssteuern. Hierin sind insbesondere Forderungen aus der Einkommensteuer enthalten. Prinzipiell können die ausstehenden Forderungen durch einseitigen Verzug des Steuerschuldigen entstanden sein und bereits Vollstreckungsmaßnahmen aufseiten der Steuerbehörden ausgelöst haben. Sie kön-

Schulden belaufen sich auf 33 Milliarden Euro

Sonstige Forderungen bestehen zum großen Teil aus ausstehenden Besitz- und Verkehrssteuern



nen jedoch auch im Einvernehmen mit den Steuerbehörden (z. B. durch Stundung oder Aussetzung) entstehen. Die amtliche Statistik erfasst die genauere Zusammensetzung der sonstigen Forderungen jedoch nicht. Die Zusammensetzung wird zwar regelmäßig vom Bundesfinanzministerium detailliert erhoben, jedoch aktuell nicht mehr entsprechend veröffentlicht. Daher muss in diesem Beitrag offen bleiben, in welchem Umfang in den sonstigen Forderungen kurzfristig vollstreckbare, d. h. monetarisierbare Forderungen enthalten sind, die für eine Reduzierung der Schuldenlast des Landes einsetzbar wären.

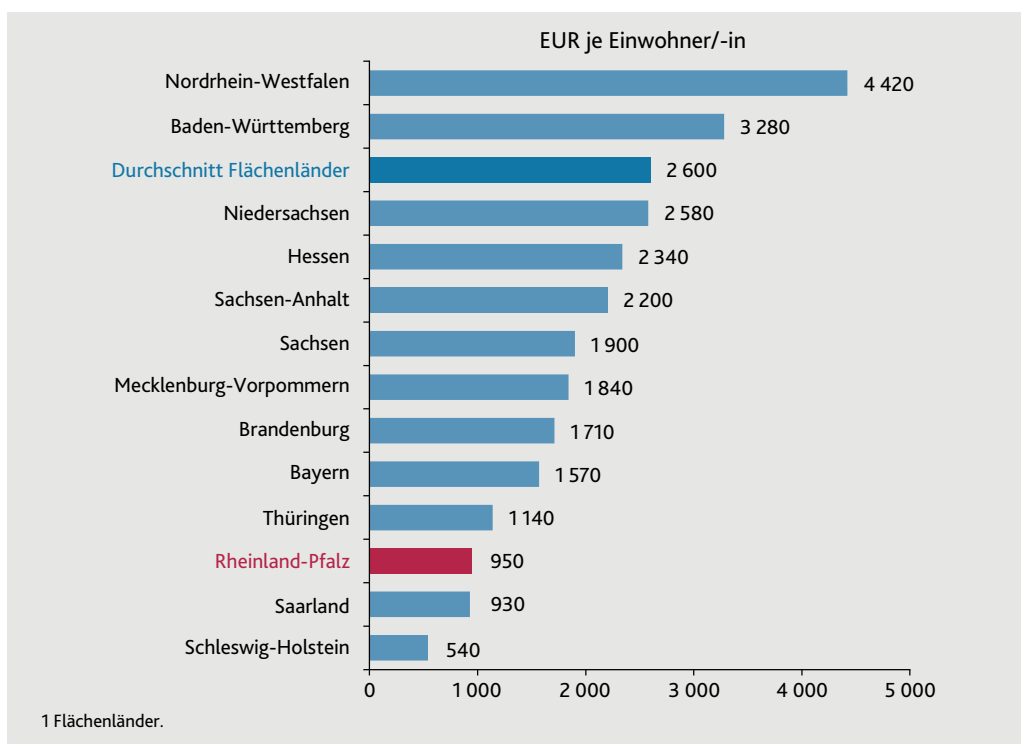
Die zweithöchste Position nehmen beim Land die Anteilsrechte mit rund 1,2 Milliarden Euro ein. Die genauere Analyse der statistischen Daten zeigt, dass große Teile des Finanzvermögens des Landes handelstechnisch nicht ohne Weiteres veräußerbar sind: Das Finanzvermögen besteht nahezu ausschließlich aus sonstigen (nicht börsennotierten) Anteilsrechten. Aufgrund der in Auswertungsvariante 2 vor-

genommenen Abgrenzung sind hierin keine Anteilsrechte an (eigenen) Extrahaushalten des Landes enthalten. Im Umkehrschluss muss es sich daher um sonstige Anteilsrechte an Fonds, Einrichtungen und Unternehmen handeln, die nach dem Europäischen System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) nicht im engeren Sinn dem Land zuzurechnen sind. Stattdessen sind es Einheiten, die entweder nur im weiteren Sinn zur öffentlichen Hand gehören oder bei denen sogar nur eine Minderheitsbeteiligung der öffentlichen Hand vorliegt. Warum das Land an diesen Einheiten dennoch Anteilsrechte hält und diese nicht monetarisiert, erfasst die amtliche Statistik nicht.

Die dritthöchste Vermögensposition des Landes besteht aus Ausleihungen (rund 400 Millionen Euro). Die gesamten Ausleihungen des Landes betreffen den „sonstigen inländischen Bereich“. Dazu gehören beispielsweise alle inländischen Unternehmen, die nicht öffentliche Unternehmen oder Kre-

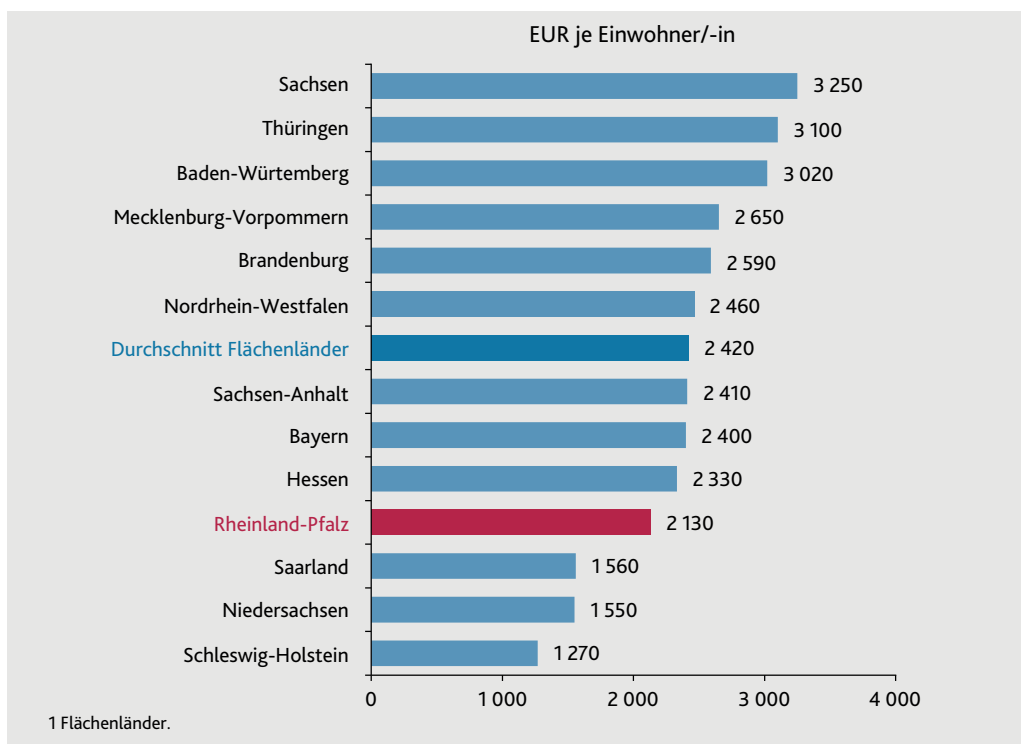
G 3

Finanzvermögen der Länder 2015 nach ausgewählten Bundesländern¹ (Auswertungsvariante 2)



G 4

Finanzvermögen der Kommunen 2015 nach ausgewählten Bundesländern¹ (Auswertungsvariante 2)



ditinstitute sind. Zudem betrifft ein beträchtlicher Anteil der Ausleihungen den Bereich des Wohnungsbaus. Die Finanzstatistik untergliedert bei den Ausleihungen jedoch nicht nach Wirtschaftsbereichen. Sie kann aufgrund der erfassten Merkmale insofern keine genaueren Hinweise darauf geben, inwieweit Ausleihungen dauerhaft reduzierbar wären.

Bargeld und Einlagen werden für tägliche Ausgaben benötigt

Letztlich besteht das Finanzvermögen des Landes zu 8,1 Prozent bzw. rund 300 Millionen Euro aus Bargeld und Einlagen. Darunter befinden sich 230 Millionen Euro in Sichteinlagen. Diese sind aufgrund ihrer schnellen Verfügbarkeit theoretisch gesehen zur Reduzierung der Schulden nutzbar. Andererseits benötigen das Land und seine Extrahaushalte auch Geldbestände, um die täglichen Ausgaben bestreiten zu können. So betrug das Gesamtvolumen der bereinigten Ausgaben des Landes im Jahr 2015 insgesamt

rund 16 Milliarden Euro. Daran gemessen ist das Volumen der Einlagen eher klein. Einen Hinweis zur Bewertung gibt ein Vergleich der Bundesländer (siehe G 7).

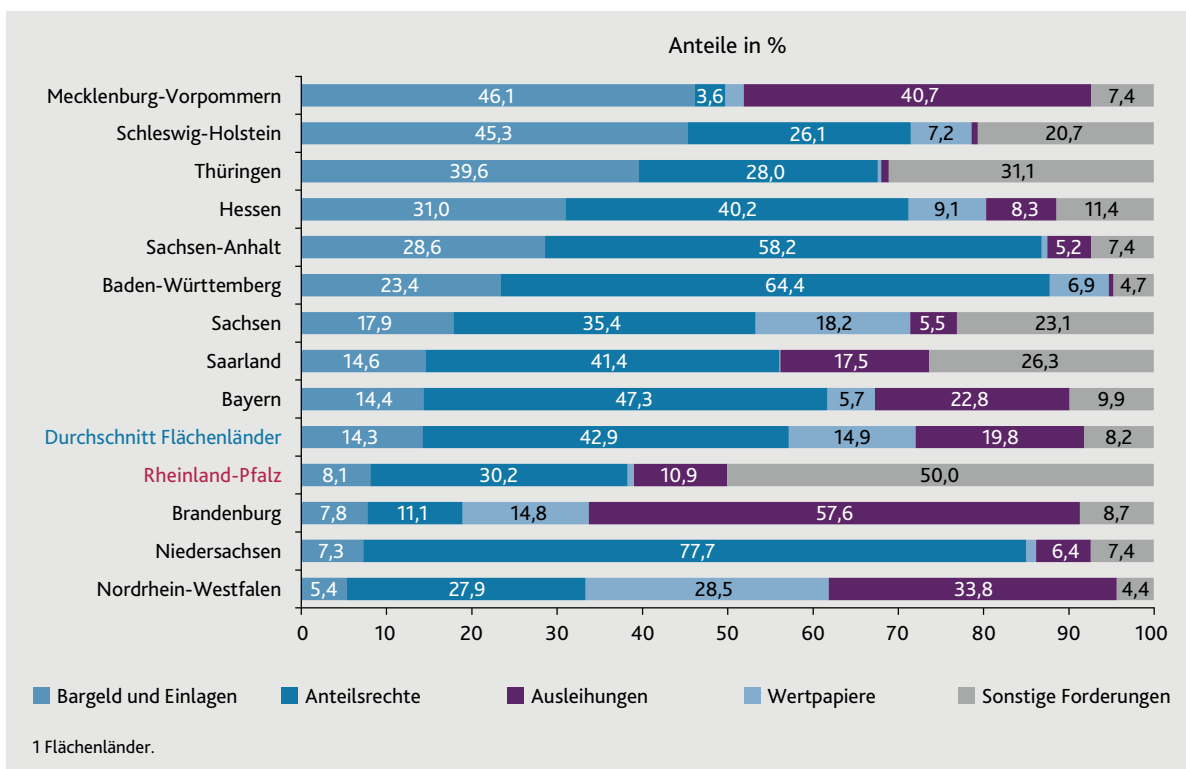
Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die amtliche Statistik mithilfe der erfassten Merkmale nicht zweifelsfrei aufzeigen kann, inwieweit das Finanzvermögen zur Reduzierung der Schuldenlast einsetzbar ist. Die Statistik zeigt lediglich die Größenordnungen und die Arten des bestehenden Finanzvermögens.

Bundesvergleich zeigt deutliche Unterschiede

Die Finanzvermögenstatistik wird bundesweit erhoben. Aufgrund der oben genannten Thematik ist es sinnvoll, auch hier lediglich das Finanzvermögen gemäß der Auswertungsvariante 2 zu betrachten.

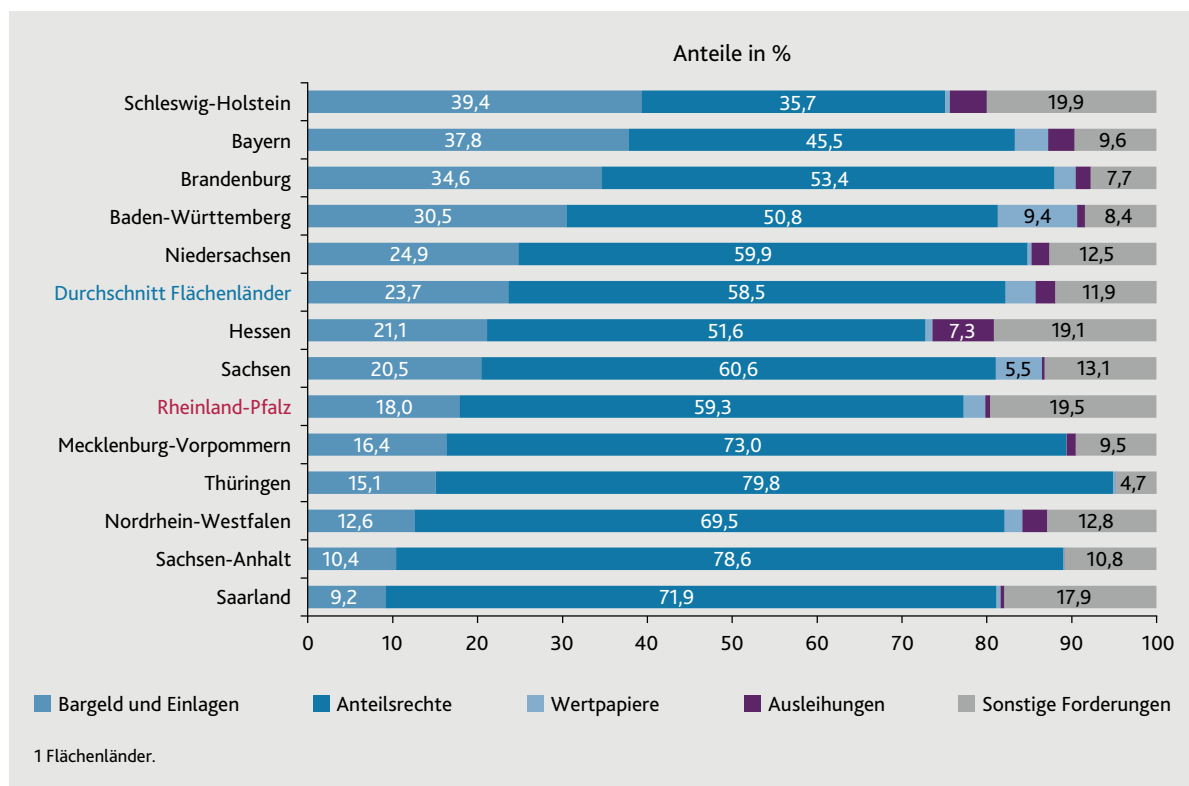
G 5

Zusammensetzung des Finanzvermögens der Länder 2015 nach ausgewählten Bundesländern¹ (Auswertungsvariante 2)



G 6

Zusammensetzung des Finanzvermögens der Kommunen 2015 nach ausgewählten Bundesländern¹ (Auswertungsvariante 2)



Als Vergleichsmaßstab sollen zudem nicht die absoluten Werte, sondern Relationen zur Anzahl der Einwohnerinnen bzw. Einwohner der Bundesländer dienen. Für einen Vergleich mit Rheinland-Pfalz werden dabei nur die Flächenländer betrachtet.

In den Flächenländern weisen die Länder und Kommunen insgesamt ein durchschnittliches Finanzvermögen von rund 5 020 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner auf. Davon entfallen 2 600 Euro auf die Länder und 2 420 Euro auf die Kommunen.

Unterdurchschnittliches Finanzvermögen pro Kopf

Das Finanzvermögen des Landes Rheinland-Pfalz liegt mit 950 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner deutlich unter dem Durchschnitt der Flächenländer von 2 600 Euro. Rheinland-Pfalz belegt damit im Länderranking den drittletzten Platz. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Kommunen.

Auch hier liegt Rheinland-Pfalz mit 2 130 EUR pro Kopf unter dem Durchschnittswert der Flächenländer (2 420 EUR) und belegt den viertletzten Rang.

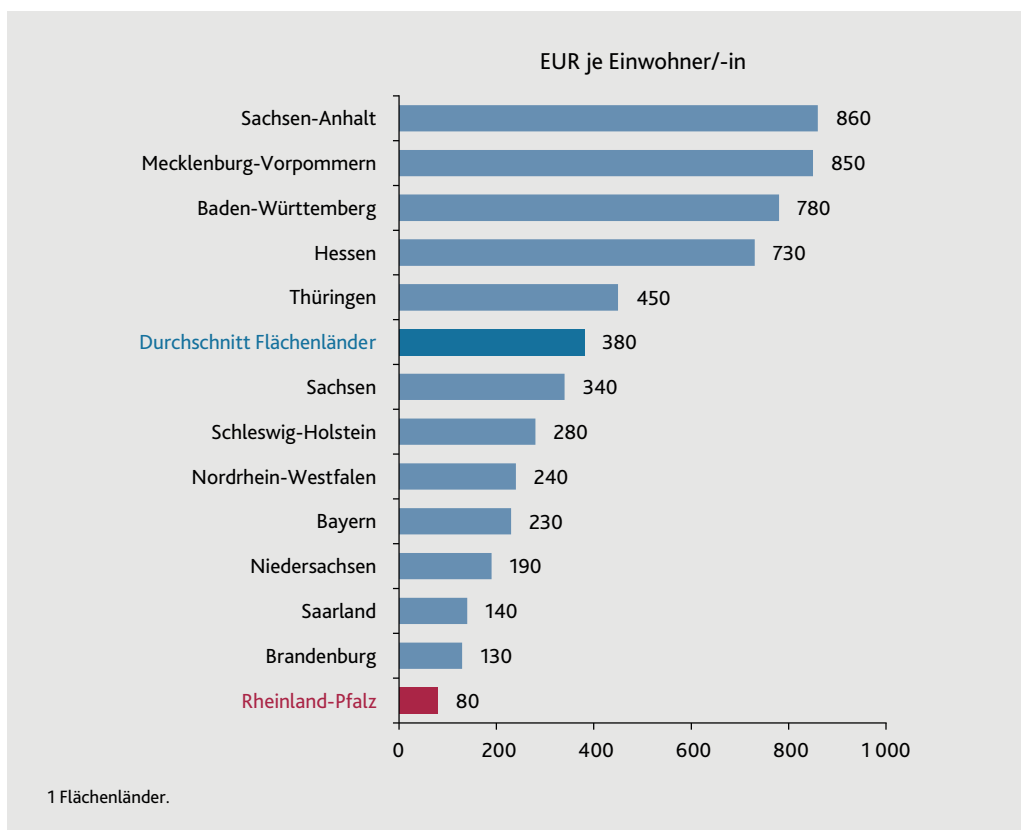
Bei der Betrachtung der Zusammensetzung des Finanzvermögens, ergibt sich auf Ebene der Flächenländer ein heterogenes Bild. Während beispielsweise in Schleswig-Holstein das Bargeld und die Einlagen fast die Hälfte des gesamten Finanzvermögens des Landes ausmachen, kommen selbige in Nordrhein-Westfalen auf Landesebene lediglich auf einen Anteil von rund fünf Prozent.

Zusammensetzung des Finanzvermögens weicht stark voneinander ab

Ein etwas gleichmäßigeres Bild ergibt die Analyse der Anteile auf Ebene der Kommunen. In nahezu allen Flächenländern besteht das Finanzvermögen hauptsächlich aus Anteilsrechten.

G 7

Bargeld und Sichteinlagen der Länder 2015 nach ausgewählten Bundesländern¹ (Auswertungsvariante 2)



Häufig stellen Bargeld und Einlagen die zweitgrößte Vermögensposition dar.

Unter dem Aspekt „Nutzbarkeit“ wurde bereits das Finanzvermögen des Landes Rheinland-Pfalz in Form des Bargeldes und der Einlagen angesprochen. Aus der Einzelbetrachtung des Landes lassen sich nur sehr schwer Rückschlüsse ziehen. Einen besseren Hinweis gibt der Vergleich mit den anderen Flächenländern:

Die Flächenländer wiesen 2015 im Durchschnitt ein Finanzvermögen in Form von

Bargeld und Einlagen in Höhe von 380 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner auf. Spitzenreiter auf Landesebene war Sachsen-Anhalt mit rund 860 Euro pro Kopf. Rheinland-Pfalz liegt deutlich unter dem Durchschnittswert und kommt mit lediglich 80 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner im Länderranking auf den letzten Platz.

Dr. Christoph Wonke leitet das Referat „Finanzen“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 093	127 842	126 432
752	134 121	128 093	133 450	157 264	110 128
6 058	126 824	133 450	157 264	111 776	80 756
134 628	134 545	157 827	113 035	84 980	63 568
157 811	113 466	84 980	64 829	78 146	92 396
113 466	87 007	64 829	78 146	94 429	125 873
87 007	65 282	78 146	94 429	125 677	103 807
65 282	78 320	94 429	125 677	103 807	69 027
78 320	95 409	103 807	69 027		
95 409					

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 012 ^{1,2}	4 053 ^{1,2}	4 024	4 029	4 036
darunter Ausländer ³	1 000	331 ^{1,2}	383 ^{1,2}	352	357	364

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 636	1 695	2 567	2 652	2 069
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 786	2 912	3 181	3 171	3 269
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,7	9,3	9,3	9,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 693	3 898	4 080	3 425	3 549
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	11,6	11,9	10,0	10,7
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	8	10	10	11	12
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	3,1	3,5	3,7
* Überschuss der Geborenen (+)									
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 907	- 986	- 899	- 254	- 280
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 2,9	- 2,6	- 0,7	- 0,8

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 303	14 039	14 460	16 111	18 720
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 428	8 106	8 390	9 067	11 298
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 026	9 695	10 521	11 368	11 665
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 141	3 637	4 267	3 942	4 077
* Wanderungsgewinn (+)									
bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	2 277	4 344	3 939	4 743	7 055
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	14 152	15 659	16 053	17 056	17 696

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2013	2014			2015				2016
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 299	1 321	1 343	1 326	1 332	1 345	1 367	1 353	1 353
* Frauen	1 000	599	611	622	619	622	626	636	634	633

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2,3}**

	Einheit	2013	2014			2015				2016
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Ausländer/-innen	1 000	96	106	110	104	110	117	122	117	121
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	341	353	359	359	365	373	377	378	379
* darunter Frauen	1 000	286	295	299	300	304	309	312	313	314
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	14	10	12	13	14	11	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	418	422	427	420	420	422	429	423	422
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	278	285	291	287	289	294	299	296	295
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	204	206	210	207	209	213	216	213	213
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	387	396	402	402	402	403	409	411	412

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2014	2015			2016				2017
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Arbeitslose	Anzahl	115 741	112 882	105 209	108 290	121 103	105 522	106 168	108 362	118 496
* Frauen	Anzahl	53 744	52 144	49 246	49 813	53 877	48 133	48 081	48 409	51 655
Männer	Anzahl	61 998	60 737	55 963	58 477	67 226	57 389	58 084	59 952	66 840
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	44 689	41 783	37 427	39 239	47 212	38 391	38 321	39 808	49 954
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	71 053	71 098	67 782	69 051	73 891	67 131	67 847	68 554	68 542
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,4	5,2	4,8	5,0	5,6	4,8	4,8	4,9	5,4
* Frauen	%	5,3	5,1	4,8	4,9	5,3	4,7	4,7	4,7	5,0
* Männer	%	5,4	5,3	4,8	5,1	5,8	5,0	5,0	5,2	5,8
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,9	4,6	4,0	4,1	4,5	4,6	4,5	4,5	5,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,2	2,8	2,8	3,0	3,4	3,4	3,3	3,4
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,6	5,3	4,9	5,0	5,7	4,7	4,8	4,8	5,2
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	5,8	5,4	5,5	6,2	5,2	5,3	5,3	5,7
* Ausländer/-innen	%	12,1	12,4	11,9	12,6	14,3	13,4	13,9	14,4	15,8
Deutsche	%	4,8	4,6	4,2	4,3	4,8	4,0	4,0	4,0	4,4
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 407	2 505	1 596	2 725	4 098
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	23 602	27 760	30 285	29 601	29 218	35 068	34 449	32 849	33 012

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2014	2015			2016				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	228 053	231 358	229 050	228 641	228 447	234 369	234 910	237 764	...
* darunter Frauen	Anzahl	116 813	117 667	116 734	116 396	115 987	116 991	117 090	118 120	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	155 157	157 260	155 161	154 497	154 329	159 735	160 238	161 969	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	59 027	60 383	59 521	60 253	60 165	61 252	61 931	63 324	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	56 583	58 286	57 453	58 166	58 095	59 211	59 889	61 315	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	519	547	537	520	440	565	472	551	460
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	473	493	492	454	381	509	416	476	397
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	4	4	6	4	4	4	3	1
Unternehmen	Anzahl	74	64	33	55	54	77	51	108	53
private Haushalte	Anzahl	442	479	500	459	382	484	417	440	406
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	934	1 025	878	1 034	1 076	1 170	991	1 413	1 155
* Umbauter Raum	1 000 m ³	594	652	616	608	611	730	640	739	679
* Wohnfläche	1 000 m ²	112	121	114	116	111	135	118	142	126
Wohnräume	Anzahl	4 424	4 881	4 583	4 760	4 628	5 225	4 752	5 655	4 942
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	172	195	185	192	186	228	196	221	207

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	123	125	158	109	130	148	152	134	144
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	11	10	20	11	14	9	14	13	13
Unternehmen	Anzahl	86	94	113	74	82	92	97	84	86
private Haushalte	Anzahl	26	21	25	24	34	47	41	37	45
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	10	12	9	8	85	5	8	9
* Umbauter Raum	1 000 m ³	797	941	1 376	424	1 083	693	1 463	568	644
* Nutzfläche	1 000 m ²	105	111	163	64	112	113	177	98	95
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	90	81	137	87	70	81	141	98	101

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 128	1 221	1 095	1 240	1 377	1 466	1 072	1 645	1 355
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 321	5 674	5 303	5 757	5 672	6 243	5 179	6 599	5 649

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 228	11 523	11 809	12 425	12 042	11 049	11 326	12 324	12 470
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 944	1 983	2 180	2 325	2 481	1 610	2 042	2 153	2 530
darunter										
* Kälber	t	7	7	7	9	9	4	5	8	9
* Jungrinder	t	7	10	6	28	14	3	6	11	20
* Schweine	t	9 234	9 491	9 542	10 060	9 498	9 403	9 202	10 116	9 888
* Eierzeugung ²	1 000	15 097	15 747	15 152	15 330	15 862	17 297	14 994	15 292	13 623

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	982	1 009	1 009	1 005	1 008	1 002	1 004	1 004	1 002
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	251 312	255 724	255 724	254 925	254 400	253 965	254 677	253 826	253 741
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 012	32 274	33 224	33 738	33 976	31 463	33 138	31 678	33 662
* Entgelte	Mill. EUR	1 029	1 065	985	994	1 382	992	1 003	1 001	1 407
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 107	7 221	7 493	7 206	7 258	6 823	7 603	7 035	7 380
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	4 006	3 900	3 944	3 872	3 825	3 664	3 925	3 740	3 920
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 846	2 028	2 170	2 047	2 087	1 864	2 259	2 024	2 168
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	83	87	113	98	100	99	120	116	110
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 172	1 206	1 267	1 189	1 247	1 195	1 299	1 156	1 182
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 386	2 269	2 199	2 117	2 158	2 015	2 128	2 054	2 144
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	931	1 037	1 175	1 134	1 102	920	1 267	1 135	1 158
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 918	4 047	4 138	3 950	3 984	3 672	4 197	3 843	4 033
Exportquote ⁶	%	55,1	56,0	55,2	54,8	54,9	53,8	55,2	54,6	54,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	101,6	107,8	108,2	111,8	109,0	99,5	105,1	105,3	114,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	98,2	96,9	92,5	95,9	97,1	91,1	98,0	95,7	98,9
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	111,9	119,6	121,8	121,0	119,7	103,0	109,3	115,7	133,6

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	58,6	56,2	73,4	51,4	52,4	75,5	73,8	62,3	63,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	85,3	126,4	142,5	168,5	138,3	133,9	130,9	121,5	123,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	98,2	96,1	92,6	94,9	94,7	90,7	93,0	93,5	92,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	114,0	121,6	116,8	116,4	113,5	94,2	107,2	110,7	133,5

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	174	180	179	179	179	178	177	178	177
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 764	9 509	9 567	9 480	9 490	9 409	9 478	9 489	9 456
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 190	1 166	1 207	1 201	1 235	1 101	1 198	1 099	1 224
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	42	39	50	57	44	39	50	56
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	321	271	162	313	318	310	349	366	433
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	307	257	150	298	304	296	337	351	419

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 875	18 579	18 574	19 092	19 064	19 376	19 421	19 388	19 316
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 969	1 906	2 186	2 264	2 127	2 118	2 272	2 065	2 156
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	319	310	338	367	336	313	355	331	350
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	642	649	742	705	710	637	686	657	688
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 008	974	1 106	1 191	1 082	1 167	1 230	1 078	1 117
darunter Straßenbau	1 000 h	544	500	612	648	573	665	677	607	612
* Entgelte	Mill. EUR	58	59	59	61	74	64	63	62	78

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2014	2015			2016				
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	254	247	279	301	321	281	311	289	325
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	40	39	43	47	45	43	55	41	57	
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	87	88	98	98	124	93	96	100	105	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	127	119	138	155	151	145	160	148	163	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	66	60	76	84	81	73	92	80	89	

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und son- stiger Ausbau) ³	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Betriebe ⁴	Anzahl	412	425	423	426	425	424	423	423	420
* Beschäftigte (einschließ- lich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	15 644	16 006	15 908	15 920	16 182	16 013	15 902	15 920	16 231
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 937	5 020	4 887	4 905	5 136	5 152	4 854	5 036	5 116
* Entgelte	Mill. EUR	120	126	118	125	126	134	120	127	127
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	425	440	351	425	431	553	357	428	451

Handel⁵**Großhandel^{6, 6}**

Großhandel ^{P, 6}	Einheit	2014	2015			2016				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2010=100	106,6	108,7	109,5	109,3	109,1	109,8	109,6	109,5	109,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	118,4	122,2	122,1	121,9	122,1	120,2	118,2	117,7	118,5
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	93,2	93,7	99,6	98,0	95,9	89,3	96,8	109,7	93,2
* Umsatz real ⁷	2010=100	87,0	87,9	93,5	92,3	90,5	83,1	90,0	102,5	86,7

Einzelhandel^{8, 8}

* Beschäftigte	2010=100	104,7	106,4	107,3	107,6	108,5	108,0	107,4	107,9	108,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	105,7	108,0	108,7	108,8	110,4	109,6	108,9	109,4	110,5
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	102,3	104,2	102,8	108,9	105,7	105,4	104,9	110,0	108,4
* Umsatz real ⁷	2010=100	97,3	99,1	97,6	102,9	100,2	100,3	99,0	103,5	102,0

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1, 2}

Kfz-Handel^{p, 2}

	Einheit	2014	2015			2016				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2010=100	104,3	105,5	107,2	107,6	107,6	108,7	109,3	109,5	109,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	118,2	121,1	121,9	123,1	123,2	124,9	124,5	124,9	124,7
* Umsatz nominal ³	2010=100	98,1	106,1	107,1	127,8	114,1	104,8	116,5	118,9	120,3
* Umsatz real ³	2010=100	95,4	102,4	103,2	122,9	109,9	100,2	111,0	113,3	114,4

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	102,0	103,4	108,1	106,4	101,8	106,3	107,7	106,2	103,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,7	106,4	110,7	108,4	103,7	108,9	111,5	110,8	107,7
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,7	80,9	92,7	89,9	72,5	99,1	99,5	95,3	74,8
* Umsatz real ³	2010=100	74,5	73,0	83,0	80,4	65,1	87,7	87,0	83,7	65,7

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	684	708	945	880	541	1 009	1 015	905	537
* darunter von Auslandsgästen	1 000	154	157	201	158	93	283	206	164	89
* Gästeübernachtungen	1 000	1 762	1 813	2 403	2 234	1 246	2 857	2 494	2 302	1 213
* darunter von Auslandsgästen	1 000	439	447	557	426	234	992	565	438	224

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 770	1 772	1 878	2 028	1 811	2 009	1 930	1 960	2 024
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 232	1 135	1 387	1 451	1 229	1 508	1 509	1 515	1 364
* Getötete Personen	Anzahl	15	16	16	26	17	16	18	18	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	8	6	14	7	4	6	7	10
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	4	8	7	10	6	4	1
Radfahrer	Anzahl	4	3	4	1	1	1	3	3	1
Fußgänger	Anzahl	2	1	2	2	1	1	2	3	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 593	1 460	1 775	1 858	1 616	1 920	1 881	1 883	1 826

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwer- wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
schwer verletzte Personen	Anzahl	305	274	383	343	311	403	412	353	312
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	134	126	147	178	157	142	134	116	167
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	77	70	136	78	66	139	142	117	64
Radfahrer	Anzahl	48	41	65	40	44	80	90	78	48
Fußgänger	Anzahl	29	25	22	29	34	32	26	23	19

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 953	12 896	15 009	12 416	12 382	12 298	13 801	12 162	12 487
darunter										
Krafträder	Anzahl	613	680	534	284	188	791	701	453	297
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 050	10 853	13 334	10 608	10 744	9 923	11 717	10 508	10 692
* Lastkraftwagen	Anzahl	878	924	771	1 063	1 027	1 161	930	887	1 101
Zugmaschinen	Anzahl	328	345	271	384	300	322	377	275	300

Personenbeförderung

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	54 611	53 397	56 253	56 127	45 499	55 378	61 451	61 933	50 880
Personenkilometer ³	Mill.	510	494	512	528	427	509	630	646	543

Binnenschifffahrt

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gütereingang	1 000 t	1 065	1 007	941	917	913	1 139	1 120	926	784
* Güterversand	1 000 t	813	777	649	689	709	904	722	759	638

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 010	4 277	3 942	4 568	4 207	4 299	4 045	4 767	4 214
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	291	311	302	320	316	321	317	331	307
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 677	3 910	3 587	4 175	3 825	3 889	3 645	4 313	3 775

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2014	2015				2016			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	24	22	20	23	22	22	16	23	21
*	Halbwaren	Mill. EUR	159	151	135	168	135	142	131	150	135
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 494	3 738	3 431	3 984	3 668	3 725	3 498	4 140	3 618
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	931	947	879	995	955	925	939	992	925
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 563	2 790	2 552	2 989	2 714	2 800	2 559	3 148	2 693
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 731	2 932	2 647	3 209	2 943	3 058	2 761	3 378	2 984
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 399	2 610	2 327	2 876	2 629	2 770	2 431	3 035	2 679
	Belgien	Mill. EUR	198	199	186	211	202	182	193	212	208
	Luxemburg	Mill. EUR	54	54	48	53	53	57	42	53	54
	Dänemark	Mill. EUR	37	39	36	43	36	38	43	47	45
	Finnland	Mill. EUR	30	33	33	28	30	27	24	34	31
	Frankreich	Mill. EUR	422	424	324	463	436	435	389	496	424
	Griechenland	Mill. EUR	33	27	15	41	25	23	20	40	21
	Großbritannien	Mill. EUR	279	287	260	314	284	311	280	325	297
	Irland	Mill. EUR	14	20	15	23	23	14	17	22	19
	Italien	Mill. EUR	224	247	173	257	220	321	196	269	257
	Niederlande	Mill. EUR	222	303	321	366	282	331	249	414	284
	Österreich	Mill. EUR	155	163	160	176	175	175	167	186	156
	Schweden	Mill. EUR	70	74	72	79	75	68	73	89	83
	Spanien	Mill. EUR	194	206	174	203	199	216	187	241	213
	Portugal	Mill. EUR	32	31	25	34	30	43	38	44	39
*	Afrika	Mill. EUR	105	127	110	144	115	102	124	150	103
*	Amerika	Mill. EUR	553	584	596	588	582	505	509	591	517
	darunter nach USA	Mill. EUR	386	414	423	417	415	338	330	402	341
*	Asien	Mill. EUR	591	601	557	593	538	573	602	612	567
	darunter nach China	Mill. EUR	162	148	134	135	120	130	157	141	126
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	31	32	33	29	61	48	36	43

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 666	2 851	2 372	2 987	3 003	2 736	2 784	2 981	2 876
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	270	277	253	250	262	226	221	263	221
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 281	2 436	2 000	2 569	2 458	2 330	2 381	2 495	2 401
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	39	36	42	35	34	36	31	36
* Halbwaren	Mill. EUR	293	255	161	339	225	203	189	205	231
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 947	2 142	1 802	2 187	2 198	2 094	2 156	2 259	2 133

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2014	2015				2016			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	550	558	456	647	560	521	519	532	475
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 397	1 585	1 347	1 541	1 638	1 573	1 637	1 727	1 658
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 983	2 087	1 694	2 244	2 175	2 063	2 060	2 238	2 150
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 726	1 867	1 507	2 005	1 974	1 891	1 884	2 019	1 948
	Belgien	Mill. EUR	290	271	162	366	279	244	242	254	264
	Luxemburg	Mill. EUR	45	47	48	52	50	51	51	53	50
	Dänemark	Mill. EUR	19	22	17	22	25	20	19	23	20
	Finnland	Mill. EUR	8	12	12	13	14	12	10	13	13
	Frankreich	Mill. EUR	244	243	191	238	292	231	211	257	248
	Griechenland	Mill. EUR	8	7	7	8	8	7	6	11	7
	Großbritannien	Mill. EUR	111	105	90	128	113	94	91	97	95
	Irland	Mill. EUR	25	99	128	9	68	67	232	111	118
	Italien	Mill. EUR	163	166	135	151	183	195	154	180	175
	Niederlande	Mill. EUR	260	296	200	364	291	322	253	323	316
	Österreich	Mill. EUR	86	103	76	111	121	119	91	126	127
	Schweden	Mill. EUR	43	48	39	52	47	53	55	60	40
	Spanien	Mill. EUR	105	104	78	124	112	119	100	129	103
	Portugal	Mill. EUR	15	16	15	17	17	20	16	18	18
*	Afrika	Mill. EUR	51	41	46	31	30	50	51	46	46
*	Amerika	Mill. EUR	243	313	239	272	393	222	219	284	249
	darunter aus USA	Mill. EUR	173	239	167	194	319	167	173	207	198
*	Asien	Mill. EUR	385	405	387	436	402	396	448	405	426
	darunter aus China	Mill. EUR	164	182	182	188	175	172	205	178	176
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	7	4	4	5	7	7	5

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2014	2015			2016				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 929	2 915	2 888	2 848	2 622	2 676	2 790	2 423	2 441
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	466	475	490	446	424	467	462	390	376
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 920	1 900	1 938	1 890	1 742	1 718	1 855	1 579	1 525
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 879	2 881	2 547	2 763	2 748	2 688	2 734	2 490	2 590
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	414	421	386	382	371	359	372	329	347
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 961	1 973	1 714	1 905	1 934	1 874	1 902	1 722	1 762

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Insgesamt	Anzahl	524	477	462	467	508	453	480	437	467
davon										
* Unternehmen	Anzahl	81	75	74	76	62	68	77	73	69
* Verbraucher	Anzahl	320	282	263	268	326	261	284	267	278
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	105	103	110	99	101	104	90	83	106
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	19	17	15	24	19	20	29	14	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	96	88	63	106	63	66	60	61	65

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2014	2015				2016				
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,6	98,6	97,8	98,2	100,1	98,5	97,9	98,1	99,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	101,4	103,8	85,5	103,1	107,5	118,9	89,8	109,7	109,9

Preise

Preise	Einheit	2014	2015		2016				2017	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	106,8	107,0	107,2	107,0	106,3	108,1	108,1	109,0	108,4
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	104,8	106,3	106,8	106,8	107,1	108,2	108,3	108,3	108,5

Verdienste⁷

Verdienste ⁷	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 907	3 496	3 576	3 576	3 612	3 604	3 640	3 669
* Frauen	EUR	3 266	3 372	3 082	3 122	3 131	3 154	3 190	3 198	3 222
* Männer	EUR	4 009	4 121	3 660	3 756	3 755	3 796	3 768	3 816	3 849
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 205	7 434	6 427	6 531	6 566	6 636	6 511	6 572	6 646
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 405	4 506	4 086	4 156	4 181	4 209	4 169	4 199	4 232
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 235	3 319	2 989	3 062	3 058	3 088	3 080	3 115	3 139
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 641	2 756	2 464	2 572	2 574	2 586	2 571	2 609	2 643
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 030	2 111	1 910	2 021	2 024	2 031	2 092	2 146	2 159

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

noch: Verdienste ¹	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 175	4 282	3 680	3 816	3 806	3 863	3 763	3 820	3 854
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 001	3 877	3 390	3 460	3 519	3 527	(3 635)	(3 590)	3 662
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 353	4 472	3 836	3 948	3 919	3 984	3 902	3 958	3 966
* Energieversorgung	EUR	(5 040)	5 168	4 408	4 456	4 528	4 552	4 448	4 492	4 598
* Wasserversorgung ²	EUR	3 473	3 372	3 139	3 145	3 130	3 204	3 200	3 223	3 261
* Baugewerbe	EUR	3 257	3 351	2 923	3 187	3 241	3 226	3 008	3 079	3 230
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 551	3 671	3 380	3 423	3 431	3 456	3 500	3 523	3 549
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 275	3 496	3 186	3 219	3 241	3 265	3 242	3 287	3 293
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 748	2 905	2 683	2 726	2 731	2 743	2 802	2 826	2 845
* Gastgewerbe	EUR	(2078)	2 219	2 057	2 085	2 104	2 161	2 158	2 155	2 147
* Information und Kommunikation	EUR	5 049	5 209	4 683	4 752	4 722	4 759	4 810	4 852	4 892
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 902	5 184	4 314	4 321	4 346	4 391	4 372	4 353	4 469
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 947	/	(3 419)	(3 409)	(3 470)	(3 605)	/	/	(3 622)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 823	5 031	4 314	4 401	4 366	4 422	4 536	4 574	4 522
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(2 160)	2 274	2 129	2 183	2 200	2 228	2 334	2 367	2 368
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 536	3 642	3 492	3 531	3 561	3 542	3 563	3 591	3 644
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 132	4 249	4 110	4 136	4 202	4 163	4 160	4 209	4 239
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 693	3 783	3 514	3 555	3 567	3 588	3 540	3 560	3 606
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 734	(3 587)	(3 354)	(3 330)	3 257	(3 392)	3 531	3 543	3 577
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 272	3 295	3 056	3 082	3 088	3 138	3 143	3 147	3 152

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	124 868	122 284	121 419	120 613	122 178	124 927	124 910	125 677	124 745
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 066	10 371	10 833	10 437	9 901	10 314	10 446	10 770	10 468

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2014	2015				2016			
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 109	11 456	11 579	11 170	11 134	11 942	12 152	12 104	11 693
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	99 693	100 457	99 007	99 006	101 143	102 671	102 312	102 803	102 584
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 843	116 191	114 975	114 545	116 013	119 231	119 329	119 966	119 131
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 825	105 382	103 978	103 815	105 394	108 340	108 491	109 077	108 336
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	11 018	10 809	10 997	10 730	10 619	10 891	10 838	10 889	10 795
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 025	6 093	6 444	6 068	6 165	5 696	5 581	5 711	5 614

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	114 331	115 850	113 702	114 532	117 274	117 893	116 446	117 935	115 669
Sichteinlagen	Mill. EUR	55 411	60 249	56 724	58 709	62 506	63 055	62 391	64 562	66 064
Termineinlagen	Mill. EUR	25 128	23 065	24 002	23 215	22 608	22 434	22 804	22 413	18 880
Sparbriefe	Mill. EUR	5 817	5 078	5 335	5 147	4 995	4 833	3 892	3 737	3 589
Spareinlagen	Mill. EUR	27 976	27 460	27 641	27 461	27 165	27 571	27 359	27 223	27 136
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	111 895	113 579	111 316	112 080	115 084	115 837	114 262	115 636	114 000
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	108 955	110 920	108 838	109 442	112 439	112 962	111 883	113 059	111 446
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 940	2 659	2 478	2 638	2 645	2 875	2 379	2 577	2 554
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 436	2 271	2 386	2 452	2 190	2 056	2 184	2 299	1 669

Steuern

Einheit	2014	2015				2016			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 652	3 941	3 433	4 075	4 883	4 537	3 608	3 995	5 411
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 158	1 167	575	1 155	1 832	1 553	609	1 146	2 240
Lohnsteuer	Mill. EUR	795	835	603	1 090	1 015	624	626	1 087	1 052
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	156	165	-	481	-	-	-	461	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	166	164	- 43	5	427	545	- 8	- 11	687
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	102	90	41	73	129	38	20	36	108

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2014	2015			2016			
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	29	28	5	44	8	5	5	38	5
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	17	-	37	-	-	-	31	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	66	48	- 31	- 57	254	341	- 34	- 4	388
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	6	- 12	-	- 41	-	-	-	- 21	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 494	2 774	2 858	2 920	3 050	2 985	2 999	2 849	3 170
Umsatzsteuer	Mill. EUR	499	536	502	575	615	558	633	403	595
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 995	2 238	2 356	2 344	2 436	2 426	2 367	2 446	2 575

Zölle

Mill. EUR	203	225	243	224	211	246	219	213	208
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

darunter	Mill. EUR	87	77	64	65	162	112	63	64	189
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	35	31	66	28	33	30	67
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	49	49	29	34	96	84	30	34	121

Landessteuern

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	26	24	19	23	30	17	18	19	21
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	32	36	39	34	35	37	40	41	44
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	13	12	10	14	17	12	12	17
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	2	2	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	3	2	2	2	2	3	3	2	2

Einheit	2014	2015				2016		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.

Gemeindesteuern

Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	5	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	130	135	123	139	154	124	131	140	151
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	445	488	427	523	479	523	481	567	485
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	18	20	17	21	21	21	21	26	24

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-****verbände**

noch: Steuern	Einheit	2014	2015					2016		
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeinde- verbände	Mill. EUR	925	1 022	672	1 072	1 008	1 336	659	1 114	991
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	369	400	412	446	385	358	466	481	384
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	363	414	110	416	394	736	33	415	379
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	41	48	5	45	48	94	4	48	48

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	880	914	657	964	1 230	1 065	767	823	2 225
Landessteuern	Mill. EUR	75	77	73	71	83	75	74	75	87
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	442	442	185	431	687	629	198	434	863
Lohnsteuer	Mill. EUR	277	293	199	400	314	208	208	407	326
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	71	70	- 18	2	181	231	- 3	- 5	292
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	48	43	18	37	61	17	8	18	48
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	13	2	19	3	2	2	17	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	24	- 15	- 28	127	170	- 17	- 2	194
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	342	372	334	459	396	361	434	307	1 213
Umsatzsteuer	Mill. EUR	252	271	251	288	285	259	332	211	876
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	90	101	82	171	111	102	102	95	336
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	5	6	17	1	17	0	16	2	17
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	0	6	0	6	1	6
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	12	34	2	34	0	33	4	33
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	3	7	0	7	0	7	1	7
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 881	2 010	1 795	2 053	2 546	2 274	1 811	1 977	2 767
Bundessteuern	Mill. EUR	87	77	64	65	162	112	63	64	189
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	505	506	244	492	807	688	257	489	995
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 285	1 421	1 469	1 495	1 560	1 475	1 475	1 422	1 567
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	5	6	17	1	17	0	16	2	17

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Januar 2017

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Sterbefälle nach Todesursachen 2015
A4033 201500
Kennziffer: A4033 201500

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Vorläufige Weinmosternte 2016
(abschließendes Ergebnis
der Ernteberichterstattung im November)
Kennziffer: C2043 201600

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten
und Grünland im November 2016
Kennziffer: C2013 201606

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Bauhauptgewerbe im Oktober 2016 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten,
Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201610

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von Steinen
und Erden im November 2016 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201611

Index des Auftragseingangs für
das Verarbeitende
Gewerbe im November 2016
Kennziffer: E1113 201611

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Oktober 2016
Kennziffer: E4023 201610

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und
im Gastgewerbe im Oktober 2016
Kennziffer: G1023 201610

Aus- und Einfuhr im November 2016
Kennziffer: G3023 201611

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im November 2016
Kennziffer: G4023 201611

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und
in Deutschland im Dezember 2016
Kennziffer: M1013 201612

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im November 2016
Kennziffer: M1043 201644

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden
Gewerbe und im Dienstleistungsbereich
im 3. Vierteljahr 2016
Kennziffer: N1013 201643

Verdienststrukturerhebung 2014
Kennziffer: N1033 201401

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Januar 2017
Kennziffer: Z2201 201701

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Romy Siemens

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte